

Horst Kahrs
 Institut für Gesellschaftsanalyse
 Horst.Kahrs@rosalux.org

7. Juni 2021

Datenstand:

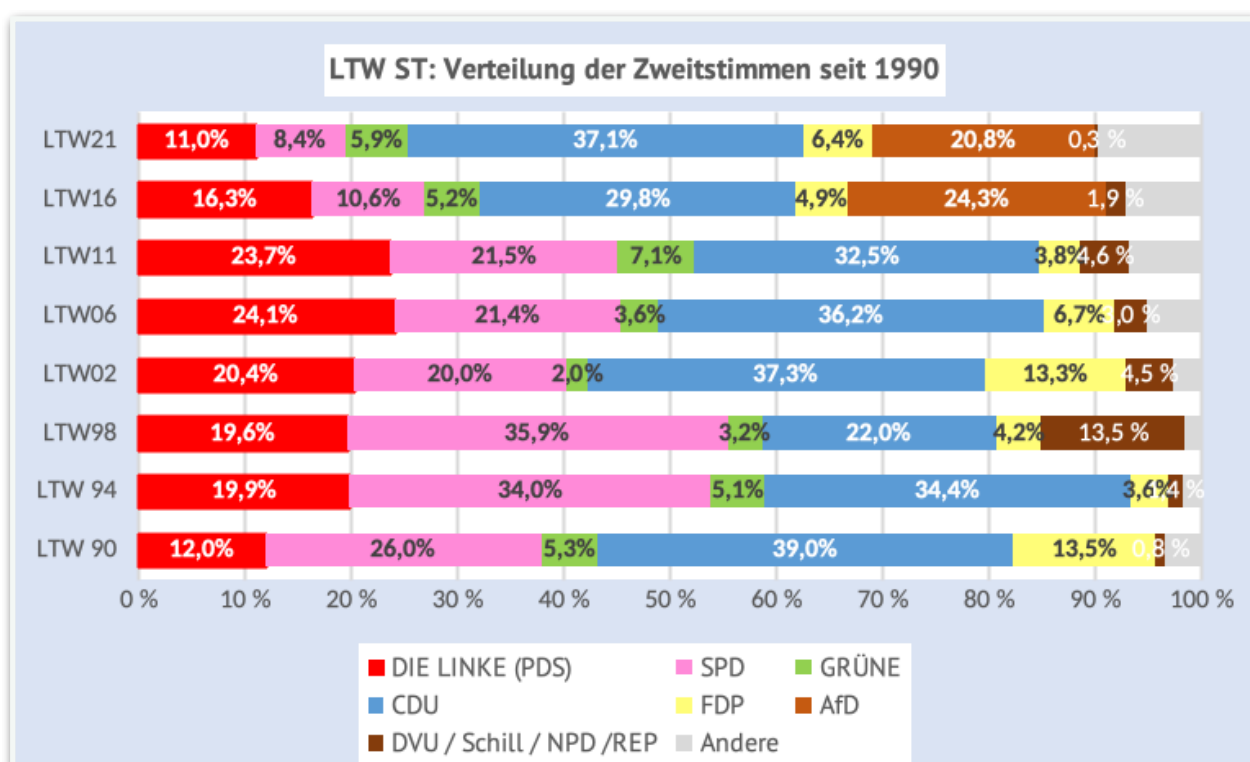
Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021

WAHLNACHTBERICHT MIT ERSTEN DEUTUNGEN UND HINTERGRÜNDEN ZUM WAHLVERHALTEN

Übersicht vorläufiges amtliches Endergebnis						
	Verteilung gültige Stimmen			Mandate (vorläufig, ARD)		
	2016	2021	+/-	2016	2021	+/-
LINKE	16,3%	11,0%	-5,3 %	16	12	-4
SPD	10,6%	8,4%	-2,2 %	11	9	-2
GRÜNE	5,2%	5,9%	0,7 %	5	7	2
CDU	29,8%	37,1%	7,3 %	30	40	10
FDP	4,9%	6,4%	1,5 %	0	7	7
AfD	24,3%	20,8%	-3,5 %	25	22	-3
FW	2,2%	3,1%	0,9 %	0		0
	Stimmen absolut			Stimmen/Wahlberechtigte		
	2016	2021	+/-	2016	2021	+/-
Wahlberechtigte	1.877.649	1.788.955	-4,7 %			
Wähler/-innen	1.147.498	1.079.287	-5,9 %			
Wahlbeteiligung				61,1%	60,3%	-0,8 %
Gültige Stimmen	1.122.877	1.063.694	-5,3 %	59,8 %	59,5 %	-0,3 %
LINKE	183.290	116.902	-36,2 %	9,8 %	6,5 %	-3,2 %
SPD	119.368	89.475	-25,0 %	6,4 %	5,0 %	-1,4 %
GRÜNE	58.209	63.148	8,5 %	3,1 %	3,5 %	0,4 %
CDU	334.139	394.808	18,2 %	17,8 %	22,1 %	4,3 %
FDP	54.565	68.305	25,2 %	2,9 %	3,8 %	0,9 %
AfD	272.496	221.498	-18,7 %	14,5 %	12,4 %	-2,1 %
FW	24.269	33.288	37,2 %	1,3 %	1,9 %	0,6 %

Inhalt

Der Wahlausgang - erste Analysen und Deutungen.....	3
Die CDU und die AfD	5
Regierungsbildung	6
LINKE.....	7
Wahlkreisergebnisse	8
Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien	10
Vorwahl-Befragungen.....	10
Wahltagsbefragungen	12
Wahlverhalten und soziale Merkmale.....	15
Hintergründe des Wahlverhaltens - längere Linien	17
Eckdaten zu Demografie und Sozialstruktur - sozioökonomische Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Wahrnehmung.....	18
Nicht wahlberechtigt: Einwohner ohne die deutsche Staatsangehörigkeit	18
Erwerbstätigkeit.....	19
Löhne, Einkommen	21
Zur Entwicklung des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt seit 1990	24
Blick auf die Wahlergebnisse	24
»Rechts wählen« in Sachsen-Anhalt	26
»Links wählen« in Sachsen-Anhalt	31
Wahlverhalten, sozialer Status und Bildung	33



Der Wahlausgang - erste Analysen und Deutungen

Die Wahlbeteiligung blieb mit über 60% etwa auf dem Niveau der Vorwahl, d.h. das landespolitische Interesse blieb im Vergleich zu früheren Wahlen hoch. Der Briefwahl-Anteil verdoppelte sich auf etwa 29%, aber lag deutlich niedriger als bei den beiden Frühjahrswahlen.

War es bei der Vorwahl insbesondere die AfD, die Nichtwähler mobilisieren und zur gestiegenen Wahlbeteiligung beitragen konnte, so war es dieses Mal vor allem die CDU. Linke Parteien verzeichneten keine beachtenswerten Nichtwähler-Mobilisierungen. Aufgrund zahlreicher Überhang- und Ausgleichsmandate wird der neue Landtag nicht von 83, sondern 97 Abgeordneten gebildet.

Die [CDU](#) ist mit einem Plus von 7,4 Prozentpunkten die klare Gewinnerin am Wahlabend. Sie legt so stark zu wie seit dem Wahlsieg von Armin Laschet über Hannelore Kraft nicht mehr. Sie gewinnt 40 der 41 Direktmandate. Der Wahlerfolg kann als persönlicher Erfolg des parteiübergreifend geschätzten Ministerpräsidenten Reiner Haseloff gelten. Haselhoff hatte sich im Landesverband, unter anderem gegen seinen ehemaligen Innenminister Stahlknecht, mit seiner Linie, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD abzulehnen, durchgesetzt. Unter den CDU-Anhängern stieß diese »Brandmauer« auf deutliche Zustimmung. Insofern verdankt sich der eine oder andere gewonnene Prozentpunkt auch einer Zuspitzung der Wahlentscheidung auf die Frage, ob die AfD oder die CDU stärkste Partei würden. Hiervon, von der parteiübergreifend unterstützten Einstellung gegen die AfD, profitierten bereits die Amtsinhaber in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Allerdings dürfte dies nur einen kleineren Teil des Wahlerfolges der CDU ausmachen. Darüber sollte nicht vergessen werden, dass Haselhoff der mit großem Abstand bekannteste und beliebteste Politiker des Landes ist, als guter Vertreter der (ostdeutschen) Landesinteressen im Bund gilt und eine Landesregierung anführt, die höhere Zufriedenheitswerte vorweisen kann als die Vorgängerregierung. Bundespolitisch ist der Sieg von Haselhoff auch ein Sieg des Kanzlerkandidaten Armin Laschet. Das Signal aus Magdeburg lautet: Mit Armin Laschet lässt sich das Kanzleramt verteidigen.

Die [AfD](#) erleidet Verluste (-3,4%) bleibt aber insgesamt aber relativ stabil. Es wird kaum noch möglich sein, die Wahl der Partei, deren Landesverband zum rechtsradikalen Flügel der Bundespartei zählt, noch als politisch ungerichteten Protest zu verharmlosen. Im Gegenteil: die AfD hat Kompetenzzuschreibungen auf einer Reihe von Politikfeldern hinzugewonnen. Die AfD hat mit ihren Erfolgen das deutsche Parteiensystem nachhaltig verändert. Ein wichtiges Wahlziel hat die Partei nicht erreicht: Die CDU bleibt die mit Abstand stärkste Partei, damit scheitert ihr Vorhaben, direkten Einfluss auf die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Auch kann sie nicht länger hoffen, dass die innerparteilichen Richtungskämpfe in der Union im Vorfeld der Bundestagswahl sich noch verschärfen werden. Die Enttäuschung darüber war ihren Vertretern am Wahlabend anzumerken. Hinzukommt: Die Partei verliert 14 ihrer 15 Direktmandate mit zum Teil sehr deutlichen Ergebnissen an die CDU. Allein im Wahlkreis 41 Zeitz kann Lothar Wähler sein Direktmandat knapp mit 27,1% der Erststimmen verteidigen. Die AfD ist in keinem Wahlkreis mehr stärkste Zweitstimmen-Partei, was ihr 2016 in 8 der 43 Wahlkreise gelungen war.

Die [kleineren Regierungsparteien und die linke Oppositionspartei](#) gingen mit dem Handicap in die Wahl, dass sie keine Alternative zu Reiner Haselhoff und einer von der CDU geführten Regierung anbieten konnten. Auch sie mussten hoffen und hofften, dass die CDU stärker als die AfD bleiben würde. Eine Mehrheit gegen CDU und AfD war nicht im glaubwürdigen politischen Angebot. Insofern blieb SPD, Grünen und FDP ein Wahlkampf, in dem sie immer auch als Konkurrenten um die Gunst der CDU auftraten, ein Spielanordnung, bei der die Linke gar nicht erst auf dem Spielfeld stand. Entsprechend fielen die Ergebnisse aus.

Die [SPD](#) verlor erneut, erreicht mit einem einstelligen Ergebnis von 8,4% sächsisches und bayrisches Niveau. Für Olaf Scholz bedeutet das eine ordentliche Bruchlandung auf der Reise ins Kanzleramt. Keine Wende in den Umfragen, keine Wende in Sachsen-Anhalt - wie glaubwürdig kann da der Anspruch, Kanz-

ler werden zu können, noch vermittelt werden? SPD - wie Linke - verloren weiter an Ansehen in ihrer Kernkompetenz, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können.

Für die **Grünen** stellt der kleine Zugewinn von 0,7% tatsächlich eine herbe Niederlage dar. Sie bleiben die kleinste Partei im Landtag. Der bundesweite Höhenflug findet in Sachsen-Anhalt nicht statt, das Ziel, zweistellig zu werden, bleibt in weiter Ferne. Annalena Baerbock entfaltet ähnlich geringe Zugkraft wie Olaf Scholz. Die Umfragen zeigen, dass eine deutliche (relative) Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Grünen die größte Kompetenz unter allen Parteien in Sachen Umwelt- und Klimaschutz zubilligt, eine deutliche absolute Mehrheit aber die Auffassung vertritt, dass es wichtigere wahlentscheidende Probleme im Land gibt. Da sich die Leugner des menschengemachten Klimawandels und jene Kritikerinnen, die die Notwendigkeit klimapolitischer Maßnahmen bestreiten, überwiegend bei der AfD versammeln, kann das Wahlergebnis der Grünen auch so interpretiert werden, dass einer Mehrheit die klimapolitischen Ambitionen der anderen Parteien ausreichend erscheinen: der Durchbruch zum »grünen Kapitalismus« ist ja vollbracht - siehe Kohle-Ausstieg in Sachsen-Anhalt - die Richtung stimmt ja.

Die **FDP** schafft mit 6,4% den sicheren Wiedereinzug in den Landtag nach zwei Legislaturperioden Abwesenheit. Allein das macht sie bereits zu einer Siegerin des Wahlabends. Gleichzeitig bereichert sie mit ihrem Einzug die möglichen Varianten einer Koalitionsbildung. Das kann ein Gewinn für den politischen Wettbewerb im demokratischen Parteienlager sein, wenn es mehr als eine Option gegen eine Beteiligung der AfD an der Regierung gibt (siehe den Abschnitt »Regierungsbildung«). Andererseits ist damit eine weitere Partei wieder im Landtag vertreten, die marktfreundlichen und nationalkonservativen Positionen nahe steht.

Die **LINKE** erlebte einen desaströsen Wahlabend und erleidet die größten Verluste aller Parteien (-5,4%). Sie erzielt mit 11% das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte in Sachsen-Anhalt. Das ursprünglich vom Landesvorsitzenden Stefan Gebhardt ausgerufene Wahlziel von 20 Prozent plus X wurde grandios verfehlt. Eine Trendwende zumindest, ein leichtes Plus nach den dramatischen Verlusten von 2016, gelang ebenfalls nicht. Stattdessen reiht sich die Landespartei in den Wahlergebnisse von Brandenburg und Sachsen ein. Dennoch bleibt sie drittstärkste Kraft im Landtag - die größte Fraktion unter den kleinen.... Besonders bedenklich stimmt, dass dieses Ergebnis als linke Oppositionspartei im Landtag erzielt wurde, die sich nicht nur gegen die Landesregierung, sondern ebenso gegen die rechte Oppositionspartei Gehör verschaffen und ihre Themen setzen musste. Gleichzeitig erlitt sie in der parteipolitischen Konstellation den oben beschriebenen Bedeutungsverlust, für eine Regierungsbildung ohne AfD nicht im Spiel zu sein. Seitens der Bundespartei blieb bundespolitischer Rückenwind aus, nicht zuletzt wegen der lang anhaltenden innerparteilichen Blockaden in wichtigen strategischen Fragen der programmatischen Erneuerung, aber auch weil in einem schrumpfenden Flächenland, in dem es lediglich zwei mittelgroße Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern gibt, das Konzept einer bewegungsorientierte Parteiarbeit sich nur schwer tun kann.

Von den **kleineren Parteien** schneiden die Freien Wähler mit 3,1% der gültigen Zweitstimmen am besten ab, verfehlen aber den Einzug in den Landtag deutlich. Im Norden des Landes erreichen sie im Wahlkreis Zavelberg 14,8% und in Stendal 8,2% der Zweitstimmen. Von den beiden »Querdenker«-Parteien schneidet die Basis mit 1,5% oder knapp 16.000 Stimmen am besten ab. Die konkurrierende Partei WiR2020 kommt nur auf ein Zehntel der Zweitstimmen. Die NPD verliert 1,6%punkte auf nunmehr 0,3%.

Das **Wahlergebnis insgesamt** ergibt unterm Strich ein Bild relativer politischer Stabilität. Nach dem großen Umbruch 2016 blieben weitere Erschütterungen aus. Die AfD ist zu einer mittelgroßen Partei aufgestiegen, andere Parteien sind zu kleinen Parteien abgestiegen. Diese relative Ruhe in der Wählerinnen-Volatilität ist indes wohl nur eine trügerische. In Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt werden die Mehrheiten gegen die rechtsradikalen, gegen den völkischen Autoritarismus von politischen Persönlichkeiten aus völlig unterschiedlichen Parteien angeführt. Ähnlich wie zuletzt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kommt es für diese Stabilität auf das Vertrauen in politische Persön-

lichkeiten an, Mehrheiten und damit die relative Stabilität können schnell verloren gehen, wenn der personelle Wechsel an der Spitze misslingt.

In Sachsen-Anhalt hat diese relative Stabilität indes wie auch in Sachsen eine deutliche Rechtsverschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Gepäck: In den meisten Wahlkreisen erreichen die Parteien links der politischen Mittellinie des Parteiensystems kaum noch ein Viertel der Stimmen. In der Landeshauptstadt Magdeburg sind es zusammen immerhin noch 36,4%, in Halle 35,8% und in Dessau-Roßlau 32,6%.

Die CDU und die AfD

Die anhaltend hohen Umfragewerte für die AfD, also die Aussicht, dass sie mindestens stabil, vielleicht sogar die CDU in der Wählergunst überholen könnte, hat - nicht nur - Marco Wanderwitz, der Ostbeauftragte der Bundesregierung aus Sachsen, dazu verleitet, die anhaltend falsch wählenden Landsleute als »diktatorsozialisiert« und für die Demokratie verloren anzuschwärzen. Sie haben halt nichts anderes gelernt als Autoritarismus. Noch 30 Jahre nach der Wende scheint es möglich, ohne nachhaltige Beschädigung des Amtes und mit einiger positiver öffentlicher Resonanz das »Erbe der SED-Diktatur« für die anhaltende Zustimmung zu einer rechtsextremen, vom Verfassungsschutz beobachteten Partei verantwortlich zu machen. Das ist in mehrfacher Hinsicht bequem für die Union: Weder muss das eigene Weltbild hinterfragt noch müssen die vergangenen 30 Jahre auf Unterlassungen, Versäumnisse, falsche Weichenstellungen, enttäuschte Hoffnungen befragt werden. Marco Wanderwitz spitzt zu, was der Grundtenor der Wahlkampfes von Rainer Haseloff war: »Diese Landtagswahl ist eine Richtungswahl: Sie entscheiden, ob wir mit Erfahrung und Sicherheit Sachsen-Anhalt auf seinem guten Kurs halten oder ob unsere Heimat mit rot-rot-grünen Experimenten in die Zukunft schwankt.« (CDU-Werbe-Seite für Briefwahl, briefwahl-2021.de/) Der Feind steht links, nichts rechts?

Die konfrontative politische Auseinandersetzung mit der AfD hat die CDU in Sachsen-Anhalt gescheut, nicht zuletzt, weil maßgebliche Kräfte in ihren eigenen Reihen mit einer Zusammenarbeit mit der antidemokratischen Partei liebäugel(te)n. Allerdings versperrte Haseloff durch seine erneute Kandidatur zunächst diesen Weg und schloss jegliche Zusammenarbeit mit der AfD im Landtag aus. Die »Brandmauer« soll Bestand haben, gleichzeitig mied die CDU »eine direkte Auseinandersetzung mit der völkisch-nationalen Konkurrenz (...). Man hat sich offenbar entschlossen, den blauen Elefanten im Raum zu ignorieren. Es ist ein Fehler mit Tradition.« (Ulrike Nimmt, SZ 5.6.2021) Der »Fehler«, das Ignorieren hat Tradition und reicht weit zurück, etwa bis zu dem aus Westdeutschland importierten sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, der in den 1990er meinte, seine neuen Landsleute seien »immun« gegen den Rechtsextremismus. Ist es lediglich eine Ironie der Geschichte, dass Biedenkopf damit die Linie der DDR-Führung in Sachsen Beschweigen von Rechtsextremismus und Nationalismus unter DDR-Jugendlichen fortsetzte? Bereits Anfang der 1990er Jahre waren westdeutsche Kader der NPD in den Osten gereist, um rechte Netzwerke aufzubauen. Gauland, Höcke sind da nur Nachahmer., und die Ost-CDU steht ja angeblich auch auf Leute aus dem Westen wie Maaßen, Merz, Söder.

Versäumnisse und Versagen in den letzten dreißig Jahren reichen bis weit in die 1990er Jahre zurück. 1998 wählten etwa 30% der jungen Männer in Sachsen-Anhalt, wenn sie denn wählten, die rechtsextreme DVU. Sie waren zu Wendezeiten bestenfalls 25 Jahre, im Regelfall jünger und viele nicht einmal 18 Jahre (siehe meinen Vorwahlbericht). Sie bildeten 2016 und bilden noch heute das im sozialen Alltag präsente Rückgrat der AfD-Wahlerfolge nicht nur in Sachsen-Anhalt. Ihre Erfahrungen sind geprägt vom Nationalen der »Wir sind das Volk«-Euphorie, welche auch Helmut Kohl und die Union gut zu nutzen wusste. Enttäuschte Hoffnungen auf ein gutes Leben unter den Bedingungen des westdeutschen Wohlfahrtsstaates der frühen 1980er Jahre folgten. Es galt das Credo der CDU: Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, Demokratie, demokratische Beteiligung und Politik stören da nur. Mit Marktwirtschaft und Kapitalismus kamen aber nicht Demokratie und Hoheit über die eigene Biografie in die Dörfer, Städte, Betriebe. Gleichwohl hing man weiter den ideologischen Illusionen nach, es handele sich bei Kapita-

lismus und Demokratie um eineiige Zwillinge und Demokraten fielen sozusagen vom Himmel. Stattdessen wurden Alltagserfahrungen vom Autoritarismus der Marktwänge, des Kapitals geprägt, denen man nicht nur wegen fehlender, zuweilen sogar trotz vorhandener Tarifverträge, Betriebsräten und betrieblicher Mitbestimmung ohnmächtig überlassen war. Die AfD hat das - in West wie Ost vorhandene - antidemokratische Potential gehoben - und erneut gebunden.

Demokratie erneuert sich durch die beständige Erfahrung demokratischer (Selbst-)Wirksamkeit. Das hätte auch die Union aus den Erfahrungen der Bundesrepublik West zwischen 1950 und 1965 lernen können. Und das es dabei gerade auf die Jüngeren ankommt. Das »Wirtschaftswunder« bestand ja gerade aus dem Gleichklang vom Aufbau demokratischer Institutionen und Verfahren, wachsender Autonomie über die eigene Biografie, wachsendem Lebensstandard und wirtschaftlichem Aufschwung.

Anstatt die Gefahren für das demokratische Zusammenleben und die offene Gesellschaft durch den völkischen Nationalismus in die Diktatur-Vergangenheit zu entsorgen, käme es darauf an, die Erfolge und die Stabilität der AfD als Resultat der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart zu begreifen und zu bearbeiten. AfD-Wähler sind keine späten Opfer einer Diktatur-Sozialisation, wie Wanderwitz&Co nahelegen. Sie wählen diese Partei, weil sie mit ihren Anliegen übereinstimmen. Oder sie wählen diese Partei, weil sie ihnen als Werkzeug ihres Protestes gegen Missachtung und Kränkung aufgrund ihrer Außenseiter-Stellung im Parteiensystem gerade recht kommt. In jedem Fall wissen sie, wen sie wählen. Das sollte man den ostdeutschen wie den westdeutschen Wählern zutrauen. Es wird ihnen erleichtert, wenn eine Partei wie die Union, die den Anspruch erhebt, die letzte verbliebene Volkspartei zu sein, die Auseinandersetzung mit der AfD weitgehend ignoriert und damit so tut als sei nichts dabei, eine menschenfeindliche Partei zu wählen.

Regierungsbildung

2016 zog die CDU aus dem Wahlergebnis die Konsequenz, eine ideologische Lagergrenzen überschreitende demokratische Notregierung mit SPD und Grünen zu bilden. Die »Kenia-Koalition« als »Bollwerk gegen rechts« (Reiner Haseloff) war geboren. Jenseits der relativen Zufriedenheit der Sachsen-Anhalter mit ihrer Regierung gilt: diese Landesregierung eint keine gemeinsamen Anliegen, sondern allein die demokratische Not einer Regierungsbildung ohne, gegen die AfD. Manche in der CDU, darauf ist immer wieder hingewiesen worden, hätten lieber klare Grenzen nach links gezogen und das »Nationale mit dem Sozialen« vereint. In Thüringen offenbarte sich, wie brüchig das vermeintliche »Lager der demokratischen Parteien« ist. Am Ende wurde ein Stabilitätsmechanismus zwischen den drei Regierungsfractionen und der oppositionellen CDU vereinbart, der wechselseitige Zugeständnisse und die Abmachung beinhaltet, keine Mehrheiten mit der AfD herzustellen. Mit anderen Worten: die Mehrheitsverhältnisse im Parlament wurden ohne die AfD neu gedacht.

Da alle Hoffnungen, die AfD würde schnell wieder aus den Parlamenten verschwinden, verfliegen sind, vielmehr sie ihre parlamentarische Existenz in den letzten Wahlen stabilisiert hat und in den ostdeutschen Ländern bis auf weiteres zweitstärkste Partei mit der Option, stärkste Partei zu werden, bleiben wird, stellt sich die Frage, wie Regierungsbildungen möglich sein können, die nicht von der Not, ohne die AfD regieren zu müssen, zusammengehalten und als reine »Anti-AfD-Koalition« angegriffen werden können. Wie also in Parlamenten mit starker Präsenz einer Anti-System-Partei gleichwohl markante Unterschiede zwischen den Parteien des demokratischen Lagers erkennbar werden können. An diesem Punkt bietet das Weiterdenken des Thüringen-Modells womöglich einen Weg.

Der Politikwissenschaftler Christian Stecker hat jüngst im Tagesspiegel diese Diskussion aufgegriffen: *»Begreifen sie [die Parteien des demokratischen Lagers - HK] die AfD als Gefahr für die Demokratie, liegt es in ihrer Verantwortung, von eigenen Vorteilen abzusehen und gemeinsam die Repräsentationsdefizite zu reparieren, von denen die AfD profitiert. Die Parteien müssten fortan so kooperieren, dass sie – vor allem die Union – wieder ein breiteres Wählerspektrum glaubwürdig ansprechen. Alle Parteien im Magdeburger Landtag haben bereits eine parlamentarische Kooperation mit der AfD ausgeschlossen. Daraus muss nun nur noch eine wei-*

tere Konsequenz gezogen werden. Wenn die AfD kein Partner sein kann, ist sie auch für die Mehrheitsarithmetik irrelevant. Für Beschlüsse ist dann maßgeblich, welche Mehrheiten innerhalb des demokratischen Teilparlaments möglich sind. Dort dürfen die Parteien aber nicht den Fehler wiederholen, der die AfD groß gemacht hat: Es darf kein Korsett geben, in dem fixe Partner alles unter Kompromisszwang stellen und sich die Möglichkeit nehmen, bei Kernthemen unverwässerte Positionen zu vertreten. Die Parteien, die in der jeweiligen Sachfrage die größten Schnittmengen aufweisen, sollten fallweise kooperieren. Dies muss nicht ad hoc geschehen und stabilitätsliebenden Bürgern den Schlaf rauben. In langfristig angelegten Gesetzgebungscoalitionsverträgen könnten alle Parteien die Konstellationen festlegen, in denen sie zusammenarbeiten oder getrennte Wege gehen. Unauflösbarer Dissens kann in Agree-to-disagree-Klauseln als Sollbruchstelle einer Kooperation entschärft werden.«¹

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt lässt mehr als eine Regierungskoalition unter Führung der CDU zu, gleichwohl aber keine, die ohne ideologische Brüche auskäme. Die befragten Wählerinnen und Wähler bevorzugen mit relativer Mehrheit eine Koalition aus CDU, SPD und FDP, die - entgegen der Parteifarbe der FDP - als »Deutschland-Koalition« firmiert.

LINKE

Die Linke in Sachsen-Anhalt hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Stattdessen fährt sie ein ähnlich schlechtes Ergebnis wie in Sachsen und Brandenburg ein und bestätigt damit die öffentliche und mediale Wahrnehmung von Bedeutungsverlust und schrumpfenden Rückhalt im Lektorat.

Die aktuelle Schwäche der PDS/LINKE in Ostdeutschland wuchs aus ihrem Erfolg. Sie verteidigte mit einigem Erfolg die »Lebensleistung«, die »Identität« der ersten Generation der in der DDR Geborenen, der bis Anfang der 1960er Jahre geborenen Männer und Frauen. Unter ihnen hatte und hat sie den größten absoluten und relativen Rückhalt und die geringsten Einbrüche in der Wählerschaft seit 2011. Ihre Unterstützung bei den ab Mitte der 1970er Jahre Geborenen nahm bereits seit 2002 kontinuierlich ab und ging bei den Mitte der 1960er bis Mitte 1970er Geborenen 2016 schlagartig zurück. Ein leicht steigender Rückhalt bei urbanen jüngeren Menschen vermag diese Verluste nicht auszugleichen. Die Deutung der sozialen Verteilungs- und Anerkennungskonflikte als ein Konflikt zwischen »Wessis« und »Ossis« verlängerte die alten Systemkonkurrenz in Gegenwart und Zukunft. Er mag noch geeignet sein, ältere Stammwähler und -wählerinnen zu halten. Die Deutung war und ist aber für alle, die ihren Platz in der neuen gesellschaftlichen Arbeitsteilung finden oder behaupten wollen, letztlich nicht mehr handlungsrelevant, hier: wahlentscheidend. Was würde sich auch ändern, wenn eine Handvoll Ostdeutscher mehr die geltenden Regeln, Gesetze, Herrschaftsverhältnisse exekutieren würde, unter denen man unzufrieden lebt? Der Erfolg der 1990er und 2000er Jahre verbaute der Partei den Zugang zu einer alternativen Deutung der innerstaatlichen Verteilungskämpfe, etwa als moderne soziale Klassenkonflikte und/oder als sozialökologische Transformationskonflikte. Diese Leerstelle entstand nicht über Nacht und hat ihre Ursachen nicht zuletzt in den innerparteilichen Blockaden zwischen verschiedenen Strömungen bzw. Parteiführung und Bundestagsfraktion. In die ideologische Leerstelle - Dietmar Bartsch wünschte sich kürzlich einen »neuen Marx« - rückten die Rechten mit ihrer Ausdeutung von Oben und Unten als Konflikt, als Kampf der Elite gegen das (eigene) Volk. Mit anderen Worten: Der Erfolg der AfD im Osten bei gleichzeitiger Schwäche der Linkspartei hat auch (!) etwas damit zu tun, dass die Deutungen der AfD die Ostdeutschen nicht mehr mit ihrer ostdeutschen DDR-Herkunft konfrontieren, die im gesamten Deutschland immer noch irgendwie als Makel gilt.

Bedenklich für die kommenden Wahlkämpfe stimmt, dass die Partei nach eigener Auffassung ihre größte Aufmerksamkeit im Wahlkampf mit dem Remake-Plakat »Nehmt den Wessis das Kommando« erzielte. Ähnlich an Ressentiment-Abgründen entlang wandelten die Angriffe auf die Grünen bzw. die »unerträg-

¹ Christian Stecker: Modell Magdeburg. Wozu koalisisieren? CDU, FDP, SPD, Grüne und Linke sollten flexibel regieren; in: Der Tagesspiegel, 5. Juni 2021 - <https://epaper.tagesspiegel.de/article/15a99190409c33660806fc0e5703bae2b7f58342b-f51c641f271f3d526373b64>

liche Arroganz« ihrer Kanzlerkandidatin gegenüber den Ärmern, als diese meinte, der Benzinpreis müsse statt um 15 Cent um 16 Cent wegen der CO₂-Bepreisung steigen. Auch hier drohen Brücken, die gerade in Richtung jüngere Generation geschlagen wurden, wieder gesprengt zu werden.

Mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt gerät die Partei noch tiefer als ohnehin in die Klemme zwischen notwendiger programmatischer und strategischer Erneuerung, Verjüngung und der für Wahlerfolge unverzichtbaren Wiedererkennbarkeit bei der weit größeren Gruppe der älteren Wählerinnen und Wähler. Für die politische Gestaltung und Bewältigung von sozialökologischen Transformation-Vorhaben sind die Hoffnungen der Jüngeren unverzichtbar, für die notwendige Unterstützung und politische Mehrheiten muss mit der Veränderungsmüdigkeit der Älteren gerechnet werden.

Ergebnisse in den Wahlkreisen

Vorläufiges amtliches Endergebnis in den 41 Wahlkreisen										
Wahlkreis		Landtagswahl 2021 – Verteilung der gültigen Zweitstimmen								„links der Mittel- linie“
	Wahlkreis	Betei- ligung	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD	Andere	
1	Salzwedel	60,6 %	12,9 %	8,7 %	5,9 %	36,2 %	5,6 %	18,3 %	12,4 %	27,5 %
2	Gardelegen-Klötze	62,3 %	10,9 %	10,3 %	4,1 %	38,8 %	6,0 %	19,0 %	10,9 %	25,3 %
3	Havelberg-Osterburg	61,1 %	10,5 %	7,2 %	4,2 %	32,7 %	4,9 %	21,0 %	19,5 %	21,9 %
4	Stendal	58,1 %	10,2 %	9,0 %	5,1 %	33,8 %	5,6 %	21,9 %	14,4 %	24,3 %
5	Genthin	60,2 %	9,6 %	8,5 %	3,5 %	38,6 %	4,9 %	24,4 %	10,5 %	21,6 %
6	Burg	63,2 %	10,5 %	9,0 %	4,7 %	39,8 %	6,2 %	20,4 %	9,4 %	24,2 %
7	Haldensleben	60,5 %	10,4 %	9,2 %	4,2 %	38,4 %	6,0 %	21,8 %	10,0 %	23,8 %
8	Wolmirstedt	66,5 %	10,5 %	7,7 %	4,4 %	36,6 %	7,3 %	22,3 %	11,2 %	22,6 %
9	Oschersleben-Wanzleben	61,3 %	9,4 %	9,4 %	3,3 %	37,5 %	6,8 %	23,3 %	10,3 %	22,1 %
10	Magdeburg I	57,9 %	13,0 %	9,6 %	8,4 %	31,1 %	6,0 %	18,7 %	13,2 %	31,0 %
11	Magdeburg II	69,3 %	13,4 %	10,1 %	15,5 %	30,5 %	7,4 %	11,0 %	12,1 %	39,0 %
12	Magdeburg III	63,4 %	11,5 %	9,4 %	8,8 %	35,4 %	6,7 %	15,6 %	12,6 %	29,7 %
13	Magdeburg IV	65,6 %	12,4 %	9,1 %	9,2 %	34,4 %	6,8 %	16,5 %	11,6 %	30,7 %
14	Halberstadt	55,9 %	13,1 %	8,3 %	4,7 %	37,5 %	6,1 %	20,9 %	9,4 %	26,1 %
15	Blankenburg	61,0 %	9,9 %	12,0 %	4,7 %	38,9 %	6,0 %	18,8 %	9,7 %	26,6 %
16	Wernigerode	61,1 %	10,0 %	12,5 %	5,7 %	39,0 %	6,1 %	17,7 %	9,0 %	28,2 %
17	Quedlinburg	56,7 %	10,8 %	8,8 %	5,7 %	38,0 %	7,0 %	19,7 %	10,0 %	25,3 %
18	Aschersleben	54,5 %	11,7 %	8,1 %	3,7 %	37,5 %	6,3 %	22,5 %	10,2 %	23,5 %
19	Staßfurt	53,5 %	10,7 %	6,8 %	2,6 %	36,3 %	7,7 %	27,8 %	8,1 %	20,1 %
20	Schönebeck	54,1 %	10,5 %	9,1 %	3,5 %	40,1 %	5,8 %	21,9 %	9,1 %	23,1 %
21	Bernburg	56,7 %	11,5 %	7,2 %	3,6 %	37,9 %	7,4 %	23,5 %	8,9 %	22,3 %
22	Köthen	59,6 %	12,8 %	6,1 %	3,5 %	38,5 %	5,8 %	24,2 %	9,1 %	22,4 %
23	Zerbst	61,5 %	11,0 %	7,8 %	3,9 %	39,2 %	6,0 %	22,4 %	9,7 %	22,7 %
24	Wittenberg	60,2 %	9,4 %	7,7 %	4,9 %	43,1 %	5,2 %	18,3 %	11,4 %	22,0 %
25	Jessen	63,7 %	9,0 %	6,4 %	3,1 %	44,0 %	5,3 %	22,4 %	9,8 %	18,5 %
26	Dessau-Roßlau	58,6 %	11,2 %	8,2 %	7,4 %	40,7 %	7,2 %	18,1 %	7,2 %	26,8 %
27	Dessau-Roßlau-Wittenberg	60,9 %	9,6 %	7,5 %	6,4 %	39,2 %	6,2 %	21,0 %	10,1 %	23,5 %
28	Bitterfeld-Wolfen	57,2 %	9,8 %	7,1 %	3,8 %	38,9 %	5,5 %	24,6 %	10,3 %	20,7 %
29	Saalekreis	66,1 %	9,4 %	7,4 %	4,2 %	38,4 %	7,8 %	23,6 %	9,2 %	21,0 %
30	Eisleben	55,2 %	11,7 %	8,0 %	2,5 %	36,7 %	5,9 %	26,5 %	8,7 %	22,2 %
31	Sangerhausen	60,9 %	10,9 %	7,9 %	3,0 %	38,7 %	6,0 %	24,5 %	9,0 %	21,8 %
32	Querfurt	62,4 %	10,0 %	6,9 %	2,9 %	38,7 %	6,5 %	25,8 %	9,2 %	19,8 %
33	Merseburg	58,2 %	10,5 %	8,0 %	4,1 %	36,9 %	6,5 %	24,5 %	9,5 %	22,6 %
34	Bad-Dürrenberg-Saalekreis	63,9 %	9,0 %	7,1 %	4,5 %	38,2 %	7,7 %	22,8 %	10,7 %	20,6 %
35	Halle I	52,4 %	12,7 %	8,1 %	6,2 %	34,4 %	6,3 %	22,3 %	10,0 %	27,0 %
36	Halle II	65,1 %	13,7 %	9,2 %	15,1 %	31,4 %	7,5 %	12,9 %	10,2 %	38,0 %
37	Halle III	72,6 %	14,3 %	9,3 %	23,6 %	26,8 %	7,2 %	9,1 %	9,7 %	47,2 %
38	Halle IV	56,3 %	11,1 %	8,3 %	5,6 %	37,9 %	7,6 %	19,9 %	9,6 %	25,0 %
39	Weißenfels	54,7 %	9,2 %	9,7 %	3,3 %	37,3 %	5,8 %	25,2 %	9,5 %	22,2 %
40	Naumburg	58,4 %	9,8 %	6,8 %	4,6 %	40,7 %	6,4 %	23,2 %	8,5 %	21,2 %
41	Zeitz	54,9 %	10,6 %	6,8 %	3,1 %	37,0 %	6,4 %	26,5 %	9,6 %	20,5 %

Statistisches Landesamt, Datenstand 2019; Rundungsfehler in den Summen möglich.

Personen je Quadratkilometer. Anteil der deutschen Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und mehr.

ST LTW21 – Veränderung der Zweitstimmen-Anteile gegenüber Vorwahl									
	Wahlkreis	Wahlbe- teiligung	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD	Andere
1	Salzwedel	1,3 %	-4,4 %	-4,3 %	-0,5 %	5,0 %	1,9 %	-3,6 %	5,8 %
2	Gardelegen-Klötze	2,9 %	-4,6 %	-3,3 %	-0,4 %	6,4 %	1,5 %	-2,9 %	3,3 %
3	Havelberg-Osterburg	-0,6 %	-7,6 %	-3,6 %	0,4 %	-0,5 %	1,0 %	-3,2 %	13,5 %
4	Stendal	2,2 %	-6,2 %	-2,8 %	0,8 %	3,0 %	0,7 %	-3,1 %	7,6 %
5	Genthin	0,2 %	-6,6 %	-2,6 %	-0,1 %	7,0 %	0,8 %	-0,8 %	2,2 %
6	Burg	-0,3 %	-5,4 %	-0,9 %	0,6 %	9,2 %	1,1 %	-1,1 %	-3,4 %
7	Haldensleben	2,5 %	-4,7 %	-2,8 %	0,4 %	4,7 %	2,2 %	-1,4 %	1,5 %
8	Wolmirstedt	0,7 %	-4,1 %	-1,6 %	0,3 %	2,7 %	2,7 %	-1,6 %	1,6 %
9	Oschersleben-Wanzleben	1,7 %	-5,1 %	-2,4 %	-0,1 %	5,9 %	1,6 %	-1,8 %	2,0 %
10	Magdeburg I	0,8 %	-5,2 %	-2,2 %	2,5 %	4,6 %	1,8 %	-2,9 %	1,4 %
11	Magdeburg II	2,2 %	-4,2 %	-2,8 %	3,8 %	0,4 %	1,9 %	-2,3 %	3,2 %
12	Magdeburg III	1,7 %	-5,2 %	-2,3 %	2,1 %	4,5 %	2,3 %	-3,1 %	1,7 %
13	Magdeburg IV	1,4 %	-4,7 %	-2,1 %	1,9 %	4,1 %	2,0 %	-2,9 %	1,6 %
14	Halberstadt	0,2 %	-3,4 %	-2,4 %	0,0 %	4,5 %	2,0 %	-1,9 %	1,4 %
15	Blankenburg	0,0 %	-4,5 %	-0,1 %	0,4 %	6,3 %	2,5 %	-6,6 %	2,0 %
16	Wernigerode	-0,9 %	-5,4 %	0,4 %	0,2 %	7,1 %	2,3 %	-6,4 %	1,7 %
17	Quedlinburg	-2,1 %	-4,6 %	-1,5 %	0,6 %	5,0 %	2,4 %	-3,8 %	2,0 %
18	Aschersleben	-3,8 %	-5,4 %	-2,2 %	-0,7 %	7,4 %	1,9 %	-3,4 %	2,5 %
19	Staßfurt	-2,4 %	-4,8 %	-1,3 %	-0,2 %	8,3 %	1,1 %	-1,9 %	-1,3 %
20	Schönebeck	-3,9 %	-4,6 %	-2,2 %	0,1 %	7,4 %	0,3 %	-1,9 %	0,9 %
21	Bernburg	-1,8 %	-5,1 %	-2,4 %	0,2 %	8,7 %	1,7 %	-3,8 %	0,7 %
22	Köthen	-1,5 %	-4,3 %	-3,2 %	0,3 %	9,9 %	1,5 %	-2,9 %	-1,3 %
23	Zerbst	0,8 %	-3,8 %	-2,3 %	-0,1 %	8,0 %	1,4 %	-0,6 %	-2,6 %
24	Wittenberg	-1,6 %	-4,8 %	-1,8 %	1,0 %	7,0 %	1,4 %	-3,3 %	0,6 %
25	Jessen	-0,5 %	-5,9 %	-2,2 %	0,1 %	11,8 %	1,0 %	-3,9 %	-1,0 %
26	Dessau-Roßlau	-4,6 %	-7,2 %	-2,1 %	0,9 %	12,0 %	1,1 %	-4,4 %	-0,3 %
27	Dessau-Roßlau-Wittenberg	-3,5 %	-5,7 %	-2,6 %	0,2 %	9,7 %	0,8 %	-2,3 %	-0,1 %
28	Bitterfeld-Wolfen	-3,3 %	-5,0 %	-2,4 %	0,3 %	10,2 %	1,5 %	-5,3 %	0,7 %
29	Saalekreis	0,0 %	-6,5 %	-1,2 %	0,1 %	8,9 %	1,6 %	-3,8 %	0,9 %
30	Eisleben	-2,9 %	-7,2 %	-1,7 %	-0,3 %	11,0 %	1,9 %	-2,3 %	-1,3 %
31	Sangerhausen	0,6 %	-6,4 %	-1,8 %	-0,6 %	11,2 %	2,2 %	-3,6 %	-0,9 %
32	Querfurt	0,2 %	-5,3 %	-2,3 %	-0,2 %	9,3 %	1,1 %	-3,0 %	0,4 %
33	Merseburg	0,0 %	-5,1 %	-2,3 %	-0,3 %	9,8 %	1,6 %	-5,0 %	1,3 %
34	Bad-Dürrenberg-Saalekreis	-0,1 %	-6,1 %	-2,4 %	0,6 %	9,2 %	1,5 %	-4,7 %	1,9 %
35	Halle I	-4,2 %	-8,1 %	-2,2 %	1,2 %	11,2 %	0,8 %	-4,0 %	1,1 %
36	Halle II	-0,4 %	-4,9 %	-2,9 %	3,5 %	6,1 %	0,9 %	-4,4 %	1,6 %
37	Halle III	0,9 %	-4,2 %	-3,8 %	4,7 %	4,1 %	0,3 %	-3,3 %	2,3 %
38	Halle IV	-4,2 %	-7,2 %	-2,0 %	0,7 %	10,7 %	1,5 %	-4,5 %	0,8 %
39	Weißenfels	-4,5 %	-6,3 %	-2,5 %	-0,1 %	11,1 %	1,4 %	-4,4 %	0,9 %
40	Naumburg	-4,5 %	-5,2 %	-2,3 %	0,5 %	11,3 %	1,4 %	-5,4 %	-0,4 %
41	Zeitz	-4,2 %	-4,9 %	-2,7 %	-0,1 %	8,3 %	2,9 %	-3,9 %	0,4 %

Statistisches Landesamt, Datenstand 2019; Rundungsfehler in den Summen möglich.

Personen je Quadratkilometer. Anteil der deutschen Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und mehr.

Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien

Erkenntnisse aus den Vorwahlbefragungen

Zeitpunkt der Wahlentscheidung. Die letzte Befragung der Forschungsgruppe Wahlen am 2. und 3. Juni ergab, dass 37% der Befragten »noch nicht sicher (wissen), wen oder ob sie wählen sollen« (Politbarometer-Extra Juni 2021). Eine Woche zuvor ermittelte Infratest dimap, dass bei 60% der Befragten die Wahlentscheidung (Teilnahme, Parteipräferenz) bereits gefallen sei. 25% äußerten, dass sie nicht teilnehmen würden, oder nannten keine Parteipräferenz, und 16% sagten, dass sich ihre aktuelle Parteipräferenz bis zum Wahltag noch ändern könnte. (Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTrend Mai 2021 - Erhebung 25.-26. Mai). Berücksichtigt man das bekannte »overreporting« bezüglich der Wahlteilnahme in solchen Befragungen sowie die traditionell recht hohe Wahlenthaltung in Sachsen-Anhalt, so verengt sich der Kreis der Unentschlossenen, die rund sieben bis zehn Tage vor der Wahl noch nicht angaben, ob und wen sie wählen würden auf höchstens 10% der Wahlberechtigten. Nicht erhoben wurde, wie viele Befragte zum Befragungszeitpunkt bereits per Brief gewählt hatten.

Politikerzufriedenheit/Bekanntheit. Ministerpräsident Reiner Haseloff ist der mit Abstand bekannteste Spitzenkandidat im Land. 93% der Befragten geben an, dass er ihnen bekannt ist, 63% waren mit seiner politischen Arbeit »sehr zufrieden« oder »zufrieden«. In den Wahltagsbefragungen stieg dieser Wert auf 70%. Der Bekanntheitsgrad der Spitzenkandidatinnen Katja Pähle (SPD), Eva von Angern (LINKE) und Cornelia Lüdemann (Grüne) lag jeweils bei einem Drittel der Befragten, knapp jeder sechste äußerte, mit ihrer politischen Arbeit zufrieden zu sein. Den Spitzenkandidaten der AfD, Oliver Kirchner, zu kennen, gaben Ende Mai 28% der Befragten an, 11% waren mit seiner politischen Arbeit zufrieden. Für alle vier galt, dass mehr Befragte Unzufriedenheit als Zufriedenheit bekundeten. (Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTrend Mai 2021 - Erhebung 25.-26. Mai)

Zufriedenheit mit der Landesregierung - Koalitionsbildung. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung stieg, je näher der Wahltag rückte. Ende Mai äußerten 51% der Befragten, sie seien mit der Arbeit der Landesregierung »sehr zufrieden« oder »zufrieden«, 5% mehr als Ende April. 44% waren »weniger zufrieden« oder »gar nicht zufrieden«. Die Parteianhänger der CDU (84% Zufriedene - 12% Unzufriedene), der SPD (59% zu 38%), der FDP (57% zu 39%) und der Linkspartei (52% zu 45%) waren mit der Landesregierung mehrheitlich zufrieden - durchaus erstaunlich für die Anhänger der oppositionellen Linkspartei und der außerparlamentarischen FDP. Dagegen waren die Anhängerinnen der mitregierenden Grünen (46% zu 53%) mehrheitlich unzufrieden mit der Landesregierung, die Anhänger der AfD weit überwiegend (23% zu 76%). (Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTrend Mai 2021 - Erhebung 25.-26. Mai) Im Vergleich mit der Erhebung Ende April fällt auf, dass die Zufriedenheit mit der Landesregierung bei den Anhängern aller Parteien zugenommen hat - ein Anzeichen für fortschreitende Urteilsbildung mit näher rückender Wahlentscheidung.

Trotz dieser Zufriedenheitswerte sind es lediglich die Anhänger der CDU, die zu 95% wünschen, dass die CDU auch die nächste Regierung führen soll. Lediglich noch die Anhänger der FDP (49% zu 43%) wünschen dies mit einer relativen Mehrheit. Unter den Anhängern der Grünen und der SPD wünscht dies lediglich etwa ein Viertel, zwei Drittel sagen, dass eine andere Partei die Regierung führen soll. Die Anhänger der FDP, so ließe sich interpretieren, wären mehrheitlich mit einer Beteiligung an einer CDU-geführten Regierung einverstanden, die Anhängerinnen von SPD und Grünen sind zwar mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, nicht aber mit der führenden Rolle der CDU. Unter den Anhängern der beiden Oppositionsparteien im Landtag wünscht nur jeder sechst Befragte eine erneute CDU-geführte Landesregierung, mehr als drei Viertel wollen, dass eine andere Partei die Landesregierung führt.

Das Corona-Krisenmanagement der Landesregierung scheint, interpretiert man die Ergebnisse von Infratest dimap von Ende April (Sachsen-AnhaltTrend April 2021), wenig Einfluss auf die allgemeine Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der Landesregierung zu haben. Zwei Drittel der befragten Sach-

sen-Anhalter waren mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung unzufrieden, kaum ein Drittel zufrieden. Lediglich unter CDU-Anhängerinnen hielten sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit die Waage. Immerhin 38% der LINKE-Anhänger waren mit dem Corona-Management zufrieden, mehr als bei den Regierungsparteien SPD (35%) und Grüne (31%). Die größte Ablehnung gab es unter den Anhängerinnen der FDP (79%) und der AfD (84%).

Eine Zusammenarbeit von CDU und AfD fand Ende April bei 80% der AfD-Anhänger und 18% der CDU-Anhänger Zustimmung. 17% der AfD-Anhänger lehnen eine Zusammenarbeit »grundsätzlich« ab und 77% der CDU-Anhänger. Interessant ist die »Zwischenposition« bzw. Unentschiedenheit unter den FDP-Anhängerinnen: 42% sprachen sich für und 52% gegen eine Zusammenarbeit aus. Immerhin 10% der Anhänger von SPD und Linkspartei befanden, dass »die CDU in Sachsen-Anhalt mit der AfD zusammenarbeiten soll«, bei den Grünen waren es 5%. (Infratest dimap Sachsen-AnhaltTREND April 2021)

Wichtigste Themen und Parteikompetenzen. Die Frage nach den »wichtigsten Problemen« im Land wurde von der Forschungsgruppe Wahlen (25.-27. Mai) und Infratest dimap (25.-26. Mai) im gleichen Zeitraum gestellt (Infratest erhob das »wichtigste« und »zweitwichtigste« Thema)². Im Politbarometer (ebenfalls zwei Nennungen möglich) lag das Thema »Corona« mit 38% deutlich vor allen anderen, ebenso im Sachsen-AnhaltTREND (39%). Infratest dimap erhob als zweitwichtigste Themen mit jeweils 19% »Wirtschaft« und »Bildung/Schule/Ausbildung«. Im Politbarometer lag der Bereich »Bildung und Schule« ebenfalls mit 18% aus dem zweiten Platz, es folgten »Infrastruktur und Internet« (14%) und Arbeitslosigkeit (13%). Bei Infratest wurde das Thema »Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt« von 14% genannt. Beide Befragungen zeichneten mit ihren Ergebnissen das gleiche Bild: Hinter »Corona« treten alle anderen Themen und Probleme zurück, »Corona« dominiert aber nur relativ, nicht absolut. Hinter Corona liegen die Bereiche Schule/Bildung (Zukunft der Kinder), wirtschaftliche Entwicklungs(-möglichkeiten) des Landes (allgemeine Zukunftsmöglichkeiten) und die Lage auf dem Arbeitsmarkt (persönliche Zukunftsmöglichkeiten) etwa gleichauf, ohne dass dabei ein Bereich oder eine Sorge wirklich dominant wäre. Unterhalb der 10%-Marke werden in beiden Erhebungen eine Vielzahl von Problemen genannt, so bei Infratest: »Politik, Verwaltung: Abgehobenheit, Politikverdrossenheit« (8%), »Flüchtlinge, Einwanderung, Asylpolitik, Integration« (6%), »Mobilität, Verkehr« (6%), »Umweltschutz, Klimawandel« (6%), »Gesundheitswesen, medizinische Versorgung, Pflege« (5%), »Löhne, Mindestlohn« (4%), »soziale Ungerechtigkeit, Armut, Hartz IV« (4%).

Diese Wahrnehmung der wichtigsten Probleme, die im Land gelöst werden müssen, spielt der CDU in die Hände. Würden Wahlentscheidungen danach fallen, welche Parteien die größte Kompetenz haben die wichtigsten Probleme zu lösen, hätte die CDU nicht mit der AfD um den Platz als stärkste Partei konkurrieren müssen: *»Beim wichtigsten Thema „Corona“ wird der CDU mit 39 Prozent deutlich mehr zuge-
traut als allen anderen Parteien (AfD: 7 Prozent; SPD: 7 Prozent; andere jeweils maximal 3 Prozent; keine: 17
Prozent; weiß nicht: 22 Prozent). Im Bereich „Bildung und Schule“ hingegen liegt die SPD mit 19 Prozent
knapp vor der CDU (18 Prozent), unmittelbar gefolgt von der Linken (14 Prozent; alle anderen Parteien maxi-
mal 5 Prozent; keine: 11 Prozent; weiß nicht: 23 Prozent). Die Wirtschaftskompetenz wiederum wird ganz klar
bei der CDU gesehen (49 Prozent, alle andere Parteien maximal 6 Prozent; keine Partei: 19 Prozent, weiß
nicht: 17 Prozent).«* (Politbarometer extra Sachsen-Anhalt Mai 2021)

² »Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?«

Erkenntnisse aus den Wahltagsbefragungen

Vorbemerkung: Die Wahltagsbefragungen stützen sich auf Umfragen unter den Urnen-Wählerinnen. Je höher der Anteil der Briefwähler - ins Sachsen-Anhalt etwa ein Drittel -, um sie unsicherer wird, dass die Auffassungen der Urnen-Wähler repräsentativ für alle Wählerinnen sind.

Parteikompetenzen

Die CDU weist in den Politikfeldern, auf denen die Sachsen-Anhalter in den Vorwahlbefragungen die wichtigsten Probleme des Landes sahen, die höchsten Kompetenzwerte auf.

Kompetenzen der Parteien						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Wirtschaft		9 %		41 %	10 %	8 %
Arbeitsplätze	7 %	13 %		34 %	7 %	9 %
Bildungspolitik	14 %	15 %		25 %	7 %	8 %
Asyl- und Flüchtlingspolitik	9 %	10 %	5 %	22 %		20 %
soziale Gerechtigkeit	20 %	17 %		22 %		10 %
ostdeutsche Interessen	24 %					15 %
Umwelt- und Klimapolitik			30 %			
digitale Entwicklung			6 %		12 %	
Infratest dimap						

Die CDU-Wähler sind zudem der Ansicht, dass Reiner Haseloff »selbstbewusst die Interessen der Ost-deutschen vertritt« (93%), dass die CDU »am meisten von Wirtschaft versteht« (83%) , dass sie »ein gutes Ergebnis für den Kohle-Ausstieg erzielt« hat (67%). Und: Die CDU »sollte sich klarer von der AfD abgrenzen« unterschreiben 83% der CDU-Wähler.

»Soziale Gerechtigkeit« ist ein umkämpftes Feld. Auch hier konnte die CDU hinzugewinnen (+3%), ebenso die AfD, während SPD (-9%) und LINKE (-5%) Kompetenzwerte einbüßten. Eine Sonderstellung bei den Kompetenzen nehmen Grüne und FDP ein. Die Umwelt- und Klimapolitik wird eindeutig als Kompetenzfeld der Grünen verortet, und die »digitale Entwicklung« gilt als besondere Kompetenz der FDP und der Grünen.

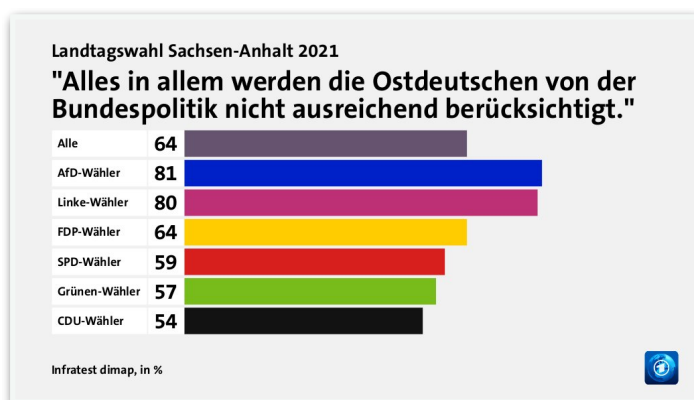
Nachrichtlich:

Parteikompetenzen im Bereich...						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Corona	3 %	5 %		40 %		13 %
Schule/Bildung	13 %	14 %		22 %		8 %
Infrastruktur	5 %	10 %		33 %		6 %
Arbeitsplätze	2 %	7 %		43 %		6 %
Klimaschutz	4 %	6 %	30 %	19 %		8 %
Sorgen/Nöte Ostdeutsche	20 %	10 %		21 %		14 %
Forschungsgruppe Wahlen/ZDF						

Die Stimmung zur wirtschaftlichen Entwicklung im Land war durch den Kohle-Ausstieg stark geprägt. Der Tagebau ist die letzte verbliebene Bastion der alten über hundertjährigen industriellen Entwicklung, die Versprechungen, den strukturellen Wandel zu fördern, stehen nicht nur unter dem Vorbehalt der Nachwende-Erfahrungen, sondern auch des Wegbrechens der Neusiedlungen im Solar Valley vor gut zehn Jahren. Dass die CDU beim Kohle-Ausstieg ein gutes Ergebnis erzielt hat, meinen nur 40% der Befragten, 41% verneinen das. Mit 67% finden nur die CDU-Wähler das Ergebnis gut, eine relative Mehrheit gibt es noch mit 45% zu 40% bei den SPD-Wählerinnen. Die Mehrheit der Wähler der anderen Parteien findet das Ergebnis schlecht: 49% bei der FDP, 51% bei der Linken, 58% bei der AfD und 69% bei den Grünen. Die Ablehnung kommt mit unterschiedlichen politischen Ambitionen, rückgängig zu machen ist

er auch nicht, insofern war der Kohle-Ausstieg kein großes wahlentscheidendes Thema. Tatsächlich sahen mit 40% der Befragten mehr als 2016 (+4%) Sachsen-Anhalt »gut auf die Zukunft vorbereitet« (FGW/ZDF).

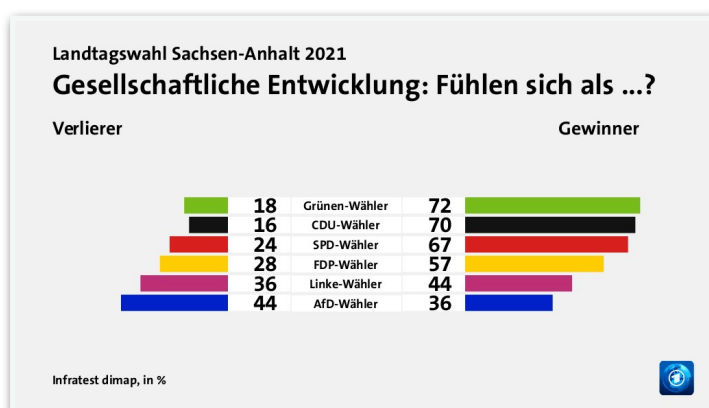
Die »ostdeutschen Interessen« bzw. die Benachteiligung Ostdeutscher wurden von der Linkspartei als



Wahlkampfthema aufgerufen, um die alte Stammwählerschaft zu mobilisieren - ein gewagtes Unterfangen, nicht nur, weil der Ministerpräsident als guter Vertreter ostdeutscher Belange wahrgenommen wurde. Die Wahltags-Umfragen von Infratest dimap zeigen eine mehrheitliche Zustimmung zu der Aussage: »Alles in allem werden die Ostdeutschen von der Bundespolitik nicht ausreichend berücksichtigt.«

Gleichzeitig sieht sich eine Mehrheit der Wählerinnen aller Parteien - bis auf diejeni-

gen der AfD - als »Gewinner« der gesellschaftlichen Entwicklung. 47% beurteilen die wirtschaftliche Lage all »gut«, 21% sagen: *In meiner Gegend haben sich die Lebensumstände in den letzten Jahren verschlechtert.* (AfD-Wähler: 41%, LINKE 20%, FDP: 16%, SPD: 12%, Grüne 9%, CDU: 9%). Diese Zahlen sprechen dafür, dass die mangelnde Berücksichtigung Ostdeutscher durch die Bundespolitik kein Thema ist.



dass wahlentscheidende Bedeutung haben könnte, wird es doch trotz Benachteiligung nicht schlechter sondern besser.

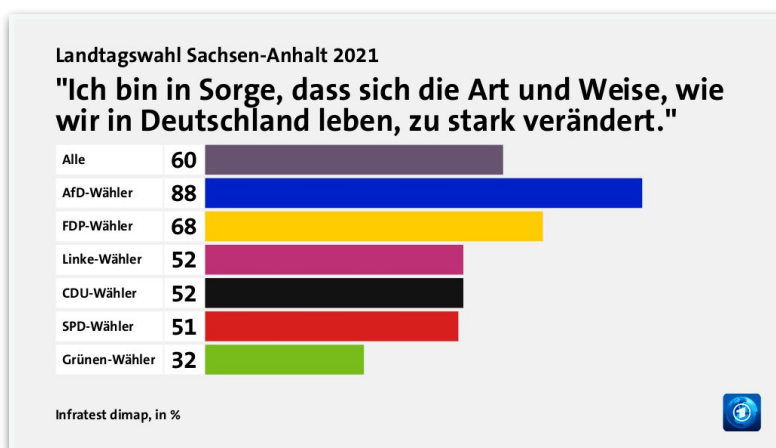
Die eigene wirtschaftliche Lage bewerten 74% der Befragten als gut, 25% als schlecht, 3% weniger als 2016. Alle Parteienanhänger bewerten mehrheitlich die eigene wirtschaftliche Lage als »gut«, von 67% der AfD- und 70% der LINKE-Anhänger bis zu 81%-83% der Anhänger der anderen Parteien.

Auch wird die Linkspartei längst nicht mehr als die alleinige Vertreterin ostdeutscher Interessen wahrgenommen. Auf die Frage: »Welcher Partei trauen sie am ehestem zu, die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten?« Nennen 24% die LINKE, 20% die CDU, 15% die AfD und 9% die SPD (FDP: 3%, Grüne: 1%).

In der Liste der Themen, die für die Waahlentscheidung die »größte Rolle« spielten, taucht die Benachteiligung Ostdeutscher nicht auf.

Welches Thema spielte für die Wahlentscheidung die größte Rolle?						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Wirtschaft, Arbeit	11 %	19 %	5 %	39 %	35 %	23 %
Soziale Sicherheit	48 %	50 %	8 %	28 %	29 %	20 %
Bildung, Schule	23 %	17 %	12 %	16 %	14 %	9 %
Umgang mit Corona	4 %			6 %	12 %	16 %
Umwelt, Klima	7 %	7 %	62 %	4 %		
Flüchtlinge, Asyl						27 %

Infratest dimap



Beachtens- und bedenkenswerter für die Zukunft ist ein anderes Umfrageergebnis. 60% der Befragten sind »veränderungsmüde«, erschöpft von den Umwälzungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Alltag, Familie, Biografie der vergangenen 30 Jahre oder abstrakter formuliert: von den Anpassungs-Forderungen des flexiblen Kapitalismus. Hier macht sich eine konservative Tiefenströmung bemerkbar, die - bis auf die Grünen - die Anhängerschaften aller Parteien durchzieht und deren Ausgestaltungen

gen näher analysiert werden müssen. Die Befürchtungen der AfD-Anhänger sind mit hoher Wahrscheinlichkeit anders gelagert als diejenigen der LINKE- oder SPD-Wähler. Sie zu kennen und politisch zu bearbeiten ist eine Voraussetzung, damit aus »Veränderungser schöpfung« nicht weiterer Rohstoff für völkischen Nationalismus nachwächst.

Die Ansichten über die Linkspartei bei allen Befragten: »Hat keine überzeugenden Führungspersonen mehr.« - 73% und 62% der LINKE-Wähler; »Ihr fehlen neue politische Ideen.« - 69% und 43% der LINKE-Wähler; »Hat die Sorgen der einfachen Leute aus dem Blick verloren.« - 53%, aber gleichzeitig »Kümmert sich am stärksten um die Probleme hier vor Ort.« - 71% der eigenen Anhänger. Und: »Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich.« 49% aller Befragten und 85% der LINKE-Wählerinnen. »Vertritt am ehesten die Interessen der Ostdeutschen.« - 45% aller Befragten und 88% der LINKE-Wähler.

Alles in allem sprechen die Umfragewerte für die Linkspartei nicht dafür, dass sie in den Augen der Wählerinnen und der eigenen Wähler die sozialen Fragen oder das Gespür für soziale Lagen verloren hätte. Wichtiger erscheint das Fehlen von Personen, denen man das Vertrauen entgegenbringt, ohne das die notwendige »Reduktion politischer Komplexität«, die Delegation, nur schlecht gelingt, und das Fehlen von neuen politischen Ansätzen angesichts der veränderten gesellschaftlichen Lage (oder des Scheiterns/der Erfolglosigkeit der alten Ideen).

Wählerwanderungen (vorläufige Berechnungen)

Nach den vorläufigen Berechnungen von Infratest dimap (Stand 21:20) gewann die CDU von AfD, Linke, SPD jeweils 11-15.000 Stimmen. Offensichtlich konnte sie rechtsbürgerliche Stimmen von der AfD zurückgewinnen, aber auch Stimmen von links, die womöglich verhindern wollten, dass die AfD stärker als die CDU wird - was durch die Wahl der eigenen Partei nicht zu verhindern gewesen wäre. Von Grünen und FDP gewann die CDU kaum, aber netto 35.000 Stimmen von Nichtwählern.

Die AfD gewann 3.000 Stimmen von der LINKEN und 6.000 von Nichtwählern, verlor aber an die CDU sowie an die FDP (4.000) und die SPD (2.000).

Die Linkspartei verlor nach allen Seiten Stimmen: 13.000 an die CDU, jeweils 3.000 an AfD und SPD, 7.000 an die Grünen, 4.000 an die FDP, 11.000 an Nichtwähler. Sowie 4.000 an Kleinparteien. Diese Verluste lassen sich nur zum kleineren Teil mit der Zuspitzung auf die Frage »CDU oder AfD« erklären. Der größere Teil der Verluste hat mit dieser Frage offensichtlich nichts zu tun. Die mangelnde politische Bindungskraft der Partei führt zu bunten Neuorientierungen von ehemaligen Wählern, die keine eindeutige politische Botschaft für die Partei bereithalten.

Die SPD verliert vor allem Stimmen an die CDU (15.000) und an die Nichtwähler (7.000), leicht an FDP und Grüne und gewinnt von AfD und Linkspartei.

Wahlverhalten und soziale Merkmale

Die demografische Perspektive einer Region - siehe den Vorwahlbericht weiter hinten - bleibt ein Indikator für das Wahlverhalten. In »stark schrumpfenden Wahlkreisen« erreicht die AfD 25% der Stimmen und verliert unterdurchschnittlich 2,6%punkte. In leicht schrumpfenden Wahlkreisen bleibt sie bei durchschnittlichen 22%, verliert 3,1%punkte. In »wachsenden Wahlkreisen« jedoch verliert sie 3,4%punkte und landete bei »nur« 16% (Infratest dimap, 22:15).

In den beiden Großstädten erreicht die AfD 14%. Sie verliert 4%. Die CDU kann hier deutlich zulegen (+6%) und erreicht 34%. Die Linke verliert 3% und erreicht noch 14% - der Trend zur »urbanen Linken« bestätigt sich in seiner schlichten Variante nicht. Die Grünen hingegen gewinnen 2% hinzu auf 12% (SPD 9%, FDP 7%).

Das Wahlverhalten nach Altersgruppen entspricht weitgehend dem Bild der Vorwahl. Die AfD hat die stärkste Unterstützung bei den 30-59jährigen Männern, bleibt hier stärkste Partei. Bei den unter 30jährigen erhält sie deutlich geringere Zustimmung. In der Einteilung der Forschungsgruppe Wahlen wird sie mit 20% hier auch stärkste Partei, in der Einteilung von Infratest dimap sieht es bei den unter 25jährigen anders aus.

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen								
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD	FW	Andere
Hochrechnung 21:46	10,9 %	8,2 %	5,7 %	36,6 %	6,5 %	21,8 %	3,1 %	7,2 %
Frauen	11 %	8 %	6 %	39 %	7 %	18 %	3 %	8 %
Männer	11 %	8 %	6 %	31 %	7 %	29 %	3 %	5 %
Alter								
Unter 30 Jahre	10 %	7 %	13 %	17 %	13 %	20 %	4 %	16 %
30 - 44 Jahre	9 %	6 %	8 %	27 %	7 %	30 %	4 %	9 %
45 - 59 Jahre	10 %	6 %	6 %	34 %	8 %	27 %	3 %	6 %
Über 60 Jahre	14 %	11 %	3 %	44 %	6 %	18 %	2 %	2 %
nach beruflicher Stellung								
Arbeiter	10 %	8 %	4 %	35 %	6 %	29 %	3 %	5 %
Angestellte	11 %	8 %	8 %	36 %	8 %	20 %	3 %	6 %
Beamte	13 %	8 %	7 %	39 %	9 %	16 %	2 %	6 %
Selbstständige	11 %	3 %	6 %	37 %	10 %	25 %	2 %	6 %
nach Bildung								
Hauptschulabschluss	9 %	9 %	2 %	37 %	5 %	32 %	2 %	4 %
mittlere Reife	10 %	7 %	3 %	34 %	7 %	29 %	4 %	6 %
Abitur	12 %	8 %	8 %	31 %	9 %	20 %	4 %	8 %
Hochschulabschluss	13 %	10 %	13 %	36 %	8 %	13 %	2 %	5 %

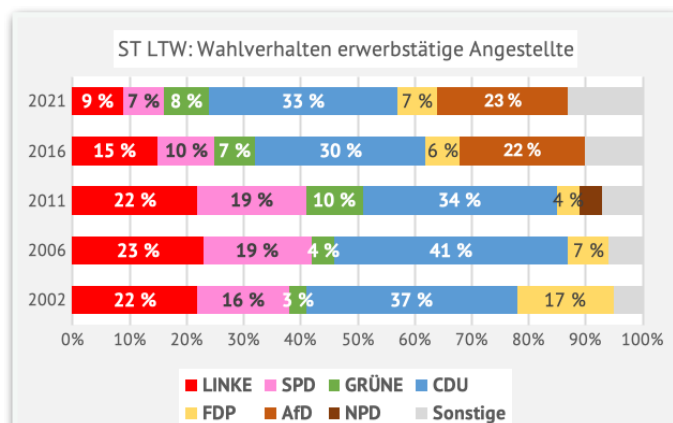
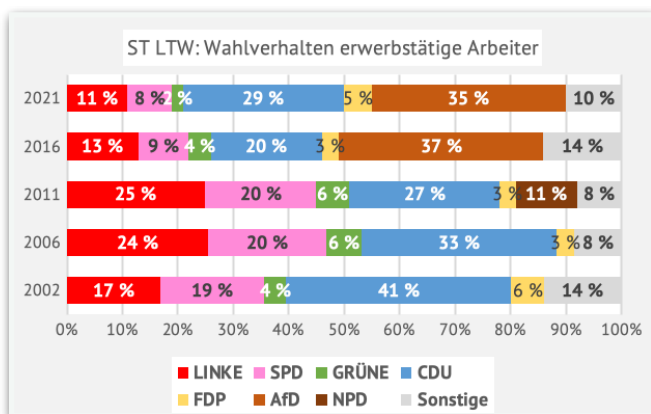
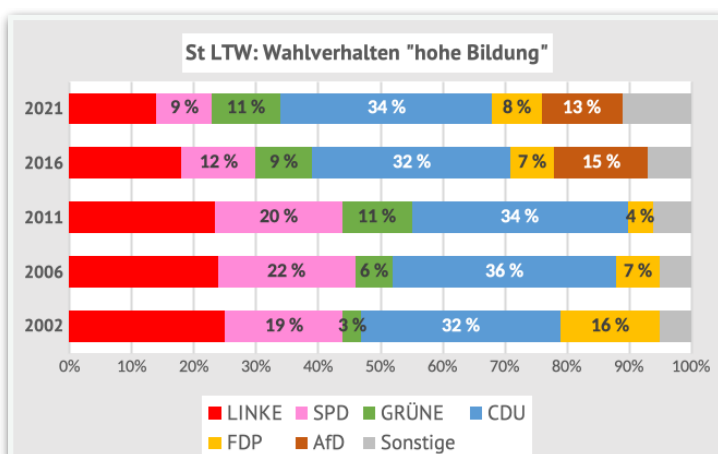
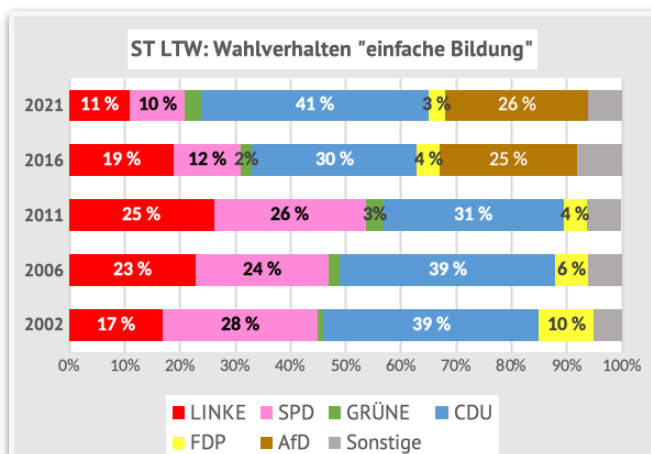
Forschungsgruppe Wahlen/ZDF; Stand der Berechnungen: 18:28 Uhr.

Die Verluste der Linkspartei verteilen sich eher gleichmäßig über alle sozialen Merkmale. Der überdurchschnittlichen Zustimmung bei den über 60jährigen verdankt sie vor allem, dass das Ergebnis zweistellig blieb. Auch die CDU holt bei den Älteren, die vollständig in der DDR sozialisiert wurden - sofern es sich um geborene Ostdeutsche handelt - ihr bestes Ergebnis, gewinnt unter Rentnern 12 Prozentpunkte hinzu (von 35% auf 47%).

Die AfD bleibt die stärkste Partei bei den Männern, die »mitten im Erwerbsleben« stehen, den 30- bis 60jährigen. Sie holt 35% unter wählenden erwerbstätigen Arbeitern

Die bleiben in Sachsen-Anhalt die Akademiker-Partei der größeren Städte, schaut man sich die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft an.

Die Parteien links der politischen Mittellinie erreichen in keiner Altersgruppe noch mehr als 30% der Zweitstimmen. Allein unter den Wählerinnen und Wählern mit Hochschulabschluss reicht es zu gemeinsamen 36%, während es bei denjenigen mit niedrigen oder mittleren Abschlüssen gerade einmal 20% sind. Hier hat die CDU deutlich hinzugewinnen können. (Quelle Schaubilder: Infratest)



	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Alle	11 %	8 %	6 %	37 %	6 %	21 %
Frauen	11 %	8 %	6 %	41 %	6 %	16 %
Männer	11 %	8 %	6 %	33 %	7 %	26 %
Altersgruppen						
18 – 24 Jahre	11 %	6 %	15 %	18 %	12 %	17 %
25 – 34 Jahre	9 %	6 %	11 %	22 %	6 %	28 %
35 – 44 Jahre	8 %	6 %	8 %	29 %	8 %	28 %
45 – 59 Jahre	10 %	7 %	6 %	35 %	7 %	26 %
60 – 69 Jahre	13 %	8 %	4 %	43 %	6 %	19 %
70 Jahre u.ält.	14 %	13 %	3 %	49 %	5 %	11 %
Bildung						
einfach	11 %	10 %	3 %	41 %	3 %	26 %
hoch	14 %	9 %	11 %	34 %	8 %	13 %
nach Tätigkeit						
Arbeiter	11 %	8 %	2 %	29 %	5 %	35 %
Angestellte	9 %	7 %	8 %	33 %	7 %	23 %
Selbstständige	7 %	4 %	10 %	34 %	11 %	24 %
Rentner	15 %	11 %	4 %	47 %	5 %	13 %
Arbeitslose	15 %	8 %	6 %	19 %	4 %	38 %
Eigene wirtsch. Lage schlecht	12 %	9 %	6 %	20 %	4 %	38 %

Infratest dimap/ARD

Hintergründe des Wahlverhaltens - längere Linien

VORWAHLBERICHT ZU INDIKATOREN DER SOZIOÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG, ZUM PARTEISYSTEM UND WAHLERHALTEN IM LAND SEIT 1990

Dieser »Vorwahlbericht« wurde am 25. Mai auf der Datenbasis vom 10. Mai 2021 fertiggestellt und erstmals auf www.horstkahrs.de veröffentlicht. Eine thesenhaft zuspitzende Zusammenfassung findet sich unter dem Titel: **»In der Mitte des Landes«** in der Zeitschrift »LuXemburg online« hier: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/in-der-mitte-des-landes/>.

Politische Einschätzungen zur Entwicklung der Landespolitik und der Ausgangspositionen im Wahlkampf sind in dem von Paul Wellsoh verantworteten ersten »luxemburgreport« der neuen Reihe #ländersache zu finden: Vincent Streichhahn: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, April 2021 - <https://www.rosalux.de/publikation/id/44173/laendersache?cHash=eea23aceb53fcaa45b894f68e24fe314>.

Am 6. Juni findet die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl Ende September statt. Zugleich ist es die erste Wahl, nachdem alle Parteien ihre Personalfragen geklärt haben. Wer als Kandidat bzw. Kandidatin für's Kanzleramt antritt, wer seine und ihre Partei vor allen anderen im Wahlkampf führt und vertritt. Deshalb wird der Wahlausgang von vielen Seiten - Wahlkampfstrategien, mediale Berichtersteller, Parteimitglieder, Bürgerinnen und Bürger - als wichtiges Stimmungsbarometer wahrgenommen, interpretiert und gedeutet werden. Mit dem Wahlergebnis und seinen Deutungen entscheidet sich ein Stückweit auch, mit welcher politischen Grundstimmung dann die (parlamentarische) Sommerpause beginnt, wer im Aufwind und wer im Abwind ist.

Der CDU könnte eine erneute politische Kraftprobe zwischen Bundespartei und Landespartei bevorstehen: Größere Teile der Landespartei würden einer erneuten lagerübergreifenden Koalition mit SPD und Grünen eine von der AfD tolerierte Minderheitsregierung vorziehen. Angesichts der geringen Unterstützung aus dem Landesverband für Armin Laschet bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und seiner Ausrafung zum Kanzlerkandidaten der Union wären Stimmenverluste, gar ein zweiter Platz hinter der AfD ein weiterer Anlass für heftige innerparteiliche Verwerfungen.

Für die Grünen wird sich erweisen, wie stark ihr Hoch im Osten tatsächlich ist. Angesichts der rückläufigen Umfrage-Werte für Annalena Baerbock könnte bereits ein nur schwaches Plus in Sachsen-Anhalt der Beginn eines anhaltenden Negativ-Trends in den Umfragen sein.

Für die Sozialdemokraten kommt es bundespolitisch darauf an, dass der Balken am Wahlabend nach oben zeigt, wenn die Wahlkampagne von Olaf Scholz noch an Schwung gewinnen soll.

Ähnliches gilt für die Linkspartei. Eine Verschlechterung gegenüber 2016, etwa auf das Niveau der jüngsten Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg, würde die Existenzfrage bei der Bundestagswahl verschärfen. Der Co-Spitzenkandidat Dietmar Bartsch erwartet für den Bundestagswahlkampf, »dass die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für uns die Wende bringen wird« (taz, 10.5.2021).

Bundespolitisch bräuchte für die FDP bereits der Wiedereinzug in den Landtag wahlkämpferischen Rückenwind.

Ein Wahlerfolg des am rechten Flügel der Partei angesiedelten AfD-Landesverbandes, und sei es auch nur ein relativer, würde die innerparteilichen Kräfteverhältnisse vermutlich weiter nach rechts verschieben. Bereits durch das aktuelle Mitglieder-Votum für das Spitzenkandidatenpaar Weidel-Chrupalla muss als grandiose Schwächung des Meuthen-Flügels gelten. Weitere innerparteiliche Auseinandersetzungen bereits vor der Bundestagswahl sind zu erwarten.

Eckdaten zu Demografie und Sozialstruktur - sozioökonomische Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Wahrnehmungen

Sachsen-Anhalt ist ein schrumpfendes Land. Es zählt noch rund 2,18 Mio. Einwohner, die Modelle zur Bevölkerungsentwicklung prognostizieren für die beiden kommenden Jahrzehnte einen weiteren Rückgang bei fortschreitender Alterung der Bevölkerungsstruktur. Ausnahmen von dieser Entwicklung könnten wohl allein die beiden größeren Städte Halle und die Landeshauptstadt Magdeburg schaffen.

1989 waren es noch knapp 3 Mio. Einwohner und Einwohnerinnen gewesen. Allein 1990 verliessen über 90.000 Sachsen-Anhalter das Land, mit Ausnahme des Jahres 2015 sank die Bevölkerungszahl im Durchschnitt im rund 25.000 Köpfe. Bereits vor der Wende war die Bevölkerungszahl rückläufig, von 1966 bis 1990 mit wachsendem Tempo um insgesamt 11%. Ab 1990 bis 2020 lag der Bevölkerungsschwund bei knapp 24%. Dank einer wachsenden Zahl von im Land registrierten Flüchtlingen/Ausländern verringerte sich der Rückgang ab 2013, 2015 gab es erstmals einen leichten Zuwachs, ab 2016 sank die Bevölkerungszahl wieder um bis zu 15.000 pro Jahr. In den vergangenen zehn Jahren nahm nur in den beiden Städten Magdeburg und Halle die Einwohnerzahl (leicht) zu, im übrigen Land sank sie zwischen 6,4% in Landkreis Börde und 13,4% im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Die Landeshauptstadt Magdeburg und in Halle (Saale) sind die beiden größeren Städte des Landes mit jeweils knapp 240.000 Einwohnern, zusammen gerechnet leben hier rund 22% der Bevölkerung des Landes. In der dritten kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau leben etwa 80.000 Menschen. Etwa drei Viertel der Einwohner sind in Gemeinden und Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern zu Hause, ein gutes Viertel lebt in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern.

Die Einwohnerdichte der elf Landkreise liegt im Durchschnitt bei 82 Personen je km². Der Altmarkkreis Salzwedel ist – zusammen mit dem Landkreis Prignitz in Brandenburg – der dünnbesiedelste Landkreis der Bundesrepublik Deutschland, und die Landkreise Stendal, Jerichower Land und Wittenberg zählen unter die zehn dünnbesiedelsten Landkreise.

Die schrumpfende Bevölkerung ist zugleich eine überdurchschnittlich „alte“ Bevölkerung. Von den deutschen Staatsangehörigen sind nur 14,2% unter 18 Jahre alt, aber 36,3% sind 60 Jahre und jeder fünfte ist sogar 70 Jahre und älter.

Die **Altersstruktur der Wahlberechtigten** bildet sich entsprechend: Weniger als 6% sind jünger als 25 Jahre, ein knappes Viertel ist zwischen 25 und 45 Jahre alt; 27% befinden sich in der Altersgruppe der 45- bis unter 60jährigen und fast 43% sind 60 Jahre oder älter, fast 24% sogar 70 Jahre und älter.

Nicht wahlberechtigt: Einwohner ohne die deutsche Staatsangehörigkeit

Einwohner. Im Sommer 2020 besaßen nur 5,1% der Einwohner Sachsen-Anhalts nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Von Mitte der 1990er Jahre bis 2012 hatte der Ausländeranteil zu keinem Zeitpunkt die Marke von zwei Prozent überschritten. Bis 2014 stieg der Anteil auf 2,7% oder etwa 60.000 Personen und in den folgende Jahren auf 112.500 im Sommer 2020. In den beiden größeren Städten Magdeburg und Halle betrug der Anteil der nichtdeutschen Staatsangehörigen an den Einwohner 9,9% bzw. 10%. Auch in der ebenfalls kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau lag ihr Anteil mit 5,7% ebenfalls über dem Landesdurchschnitt, wie auch im Burgenlandkreis, der im Süden des Landes an der Wirtschaftsregion Leipzig-Halle liegt. In allen anderen Landkreisen besaßen jeweils über 96% der Einwohner die deutsche Staatsangehörigkeit.

Sozialstaatlich integrierte Beschäftigte. Sachsen-Anhalt weist von allen Ländern den niedrigsten Anteil ausländischer Arbeitskräfte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf. Im Sommer 2020 betrug ihr Anteil zwischen 4,3%, d.h. rund 34.000 von etwa 790.000 Arbeitskräften (30.6) und 4,7% (37.500 von 801.000) am 30.9. Nach Wirtschaftsbereichen besaßen in der Landwirtschaft knapp 8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, im Produzierenden

ST: Erwerbstätige - Verteilung auf Wirtschaftszweige 1991-2020				
	1991	2000	2010	2020
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,9%	2,6%	2,2%	1,9%
Produzierendes Gewerbe	40,4%	28,7%	25,3%	26,0%
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	29,2%	15,7%	17,3%	18,1%
Verarbeitendes Gewerbe	24,6%	13,3%	15,4%	16,0%
Baugewerbe	11,2%	13,0%	8,0%	7,9%
Dienstleistungsbereiche	54,7%	68,6%	72,5%	72,1%
Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Inf. u.Kom.	20,8%	24,0%	22,9%	23,3%
Finanz-,Vers.,UnternehmensDL,Grundst.,Wohnungsw.	7,0%	11,4%	15,8%	14,5%
Öff.u.s.Dienstleister,Erziehung,Gesundheit,Priv.HH	26,9%	33,3%	33,7%	34,3%

Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand: Februar 2021

Gewerbe gut 4%, in Handel, Verkehr und Gastgewerbe etwas mehr als 6%, im Wirtschaftsbereich der Unternehmensdienstleistungen waren es 6,5% und im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen nicht einmal 2%. (Hierbei handelt es sich um Angaben zu den Beschäftigungsverhältnissen im Land - Arbeitsortprinzip.)

Erwerbstätigkeit

Arbeitslosigkeit. Die offiziell gemessene Arbeitslosenquote (gemeldete Arbeitslose im Verhältnis zu allen zivilen Erwerbspersonen) lag in Sachsen-Anhalt im Jahresdurchschnitt regelmäßig an der Spitze aller sechzehn Bundesländer. In den Jahren 1997 bis 2005 betrug sie immer knapp über oder unter 20%. Ab 2006 (18,3%) sank sie bis auf 7,1% in 2019, 2020 stieg die Quote wieder auf 7,7%. Damit ist es immer noch die höchste Quote aller dreizehn Flächenländer.

Erwerbstätige. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen verdankt sich der anhaltenden Abwanderung und Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, nicht einem Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze oder der Erwerbstätigen. 1991 zählte Sachsen-Anhalt 1,277 Mio. Erwerbstätige, darunter 4,9% Selbstständige. Im Jahr 2000 waren es noch 1,072 Mio. (8,0% Selbstständige), zehn Jahre später nur noch 1,026 Mio. mit einer Selbstständigenquote von 9,4%. Aktuell, im Jahresdurchschnitt 2020, liegt die Erwerbstätigenzahl mit 0,991 Mio. erstmals unter der Millionengrenze, die Zahl der Selbstständigen (8,0%) mit knapp 80.000 niedriger als in 2000 (rund 86.000). Der Anteil der »marginal Beschäftigten«, Erwerbstätige mit geringer wöchentlicher Stundenzahl, wird vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder für den Jahresdurchschnitt 2020 ebenfalls mit 8,0%, knapp 80.000 Personen, angegeben. Das entspricht dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer und liegt deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 11,4%, wobei Rheinland-Pfalz mit 13,2% den Spitzenplatz einnimmt. Die sachsen-anhaltinischen Erwerbstätigen erscheinen als relativ hoch sozialstaatlich (sozialversicherungsrechtlich) integriert. Entsprechend zur sinkenden Zahl der Selbstständigen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vergangenen Jahrzehnt. Im Sommer 2020 (Stichtag 30.6.) standen 856.000 Sachsen-Anhalterinnen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Pendler. Von diesen 856.000 Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip hatten knapp 715.000 ihren Arbeitsort ebenfalls innerhalb der Landesgrenzen, rund 140.000 pendelten täglich oder wöchentlich zur Arbeit in ein anderes Bundesland. Die »Pendlerquote« von 16,5% zählt zu den höchsten aller Bundesländer. Lediglich in Ländern wie Brandenburg oder Rheinland-Pfalz, die eng mit benachbarten Wirtschaftsstandorten verflochten sind, liegt sie höher. In einem wirtschaftlich starken Bundesland wie Baden-Württemberg lag sie 2020 nur bei 6,3%. Pendlerzahl und Pendlerquote haben in Sachsen-Anhalt im Zuge der Arbeitsmarkterholung nicht abgenommen, sondern leicht zugenommen. Die meisten Pendelbewegungen führen in benachbarte Wirtschaftsregionen in Niedersachsen (4,7%) und Sachsen (4,1%).

Von mindestens etwa 4% der Pendelbewegungen, die in nicht benachbarte Länder führen, kann aufgrund der Entfernung angenommen werden, dass nicht täglich gependelt wird.

Wirtschaftsstruktur. Der großen strukturellen Umbrüche fanden bis 2005/2010 statt. Wer 1990 mit knapp 30 Jahren am Anfang seines Erwerbslebens statt, erlebte einen - gemessen zumal an den in den Jahren der Schul- und Ausbildungszeit sozialisierten Erwartungen - rasanten Wandel der Arbeits- und Berufswelt. Die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe, mit 29,2% aller Erwerbstätigen der relativ dominierende Wirtschaftszweig, lag 2020 mit 18,1% nur nicht den dritten Platz ein, hinter dem öffentlichen Dienst und den Erziehungs- und Gesundheitsberufen (34,3%) und hinter dem Wirtschaftszweig Handel, Verkehr, Information, Kommunikation und Gastronomie (23,3%). Auch der Anteil der »unternehmensnahen« Dienstleistungen hat sich mehr als verdoppelt, ist aber im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bereits wieder rückläufig.

Struktur der sozialstaatlich erfassten abhängigen Arbeitsverhältnisse. Am 30.9. erfasste die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit insgesamt 903.000 Arbeitsverhältnisse für Sachsen-Anhalter. Darunter waren gut 101.000 geringfügige Arbeitsverhältnisse (11,2%) ohne vollen sozialversicherungsrechtlichen Schutz, wovon 30.000 im Nebenjob ausgeübt wurde. Dementsprechend wurden 801.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 70.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte gezählt. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Knapp 70% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten in Vollzeit, gut 30% in Teilzeit. 15% der Tätigkeiten lagen auf dem Anforderungsniveau »Helfer«, aber nur 8% der Beschäftigten verfügte nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Unter den geringfügig Beschäftigten waren es 15% und mehr als zwei von fünf geringfügig Beschäftigten übten »Helfer«-Tätigkeiten aus. 62% der Sozialversicherungspflichtigen arbeitete als »Fachkraft«, 72% besaßen einen dafür erforderlichen Berufsabschluss. Auch zwei Fünftel der Geringfügigen übte eine Tätigkeit auf Fachkraft-Niveau aus. Etwa 13% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besaßen einen akademischen Berufsabschluss, immerhin auch 9% der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. 21% der Tätigkeiten stellte Anforderungen auf dem Niveau »Spezialist« und »Experte«, bei den geringfügig Beschäftigten waren es immerhin 10%. Im Vergleich mit anderen Bundesländern fällt der Anteil der »Spezialisten« und »Experten« unterdurchschnittlich aus.

51% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Männer, 49% sind Frauen - gleichwohl ein überdurchschnittlicher Frauen-Anteil. Bei den geringfügig Beschäftigten beträgt das Verhältnis Männer - Frauen 45:55. Knapp 9% der Sozialversicherungspflichtigen sind jünger als 25 Jahre, zwei Drittel sind im Alter zwischen 25 und 55 Jahren, ein Viertel zwischen 55 und 65 Jahre, 1% ist älter als 65 Jahre. Anders sieht es bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus: 20% sind jünger als 25 Jahre, ein Drittel ist 65 Jahre und älter (29% sind Rentner).

Die wichtigsten »Männer«-Berufe (>5%-Anteil in Berufshauptgruppen, die mehr als 3% der Beschäftigten stellen) sind Metallbearbeitung (7,0%), Maschinen- und Fahrzeugtechnik (8,8%), Mechatronik, Elektroberufe (5,2%), Hoch- und Tiefbau (5,3%), Gebäude- und versorgungstechnische Berufe (5,6%), Verkehr und Logistik (8,9%), Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten (8,6%). Die klassischen Industrieberufe stellen bei weitem nicht mehr - wie noch 1989/90 - die dominierenden beruflichen Milieus männlicher Erwerbsarbeit. Die wichtigsten »Frauen«-Berufe sind Verkaufsberufe (10,9% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen), Unternehmensverwaltung (13,9%), Berufe in Recht und Verwaltung (6,4%), medizinische Gesundheitsberufe (14,5%), nichtmedizinische Gesundheitsberufe (7,1%), erzieherische, soziale und hauswirtschaftliche Berufe (10,0%). Die abhängige Erwerbstätigkeit von Frauen konzentriert sich auf wenige Berufsgruppen, in denen der Frauenanteil bei 75% bis 85% liegt. Umgekehrt liegt er in den Berufsgruppen, auf die sich Männer überdurchschnittlich verteilen, unter 10% (Ausnahme: Verkehr und Logistik). In den Reinigungsberufen liegt der Frauen-Anteil ebenfalls über 75%, doch stellt diese Berufsgruppe weniger als 5% aller weiblichen Beschäftigten (2,8% aller Beschäftigten). Hier dominiert auch die Teilzeitarbeit (72%), ebenso liegen deutliche Schwerpunkte der Teilzeitarbeit in den

Verkaufs- und Gastronomie-Berufen, in den nichtmedizinischen Gesundheitsberufen und den erzieherischen und sozialen Berufsgruppen.

Die Berufshauptgruppen der Fahrzeugführung, der Sicherheits- und Überwachungsberufe und der Reinigungsberufe fallen durch einen deutlich erhöhten Anteil (>30%) von älteren Beschäftigten (55 Jahre und älter) auf (neben den lehrenden und ausbildenden Berufen). Einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil älterer Beschäftigten (<20%) gibt es bei den Druckberufen und technischen Mediengestaltung, bei den Umweltschutzberufen, den Informatik und IKT-Berufen, im Tourismus, in den medizinischen und nichtmedizinischen Gesundheitsberufen sowie in den Werbe- und Marketingberufen.

Beschäftigte im Anforderungsniveau »Helfer« finden sich außer in Landwirtschaft und Gartenbau (35% aller dort Beschäftigten) in der Lebensmittelherstellung (35%), in den Hoch- und Tiefbauberufen (26%), in Verkehr und Logistik (ohne Führen von Fahrzeugen) (53%), in den Reinigungsberufen (60%), im Tourismus (24%) und in den nichtmedizinischen Gesundheitsberufen (34%), insbesondere Altenpflege.

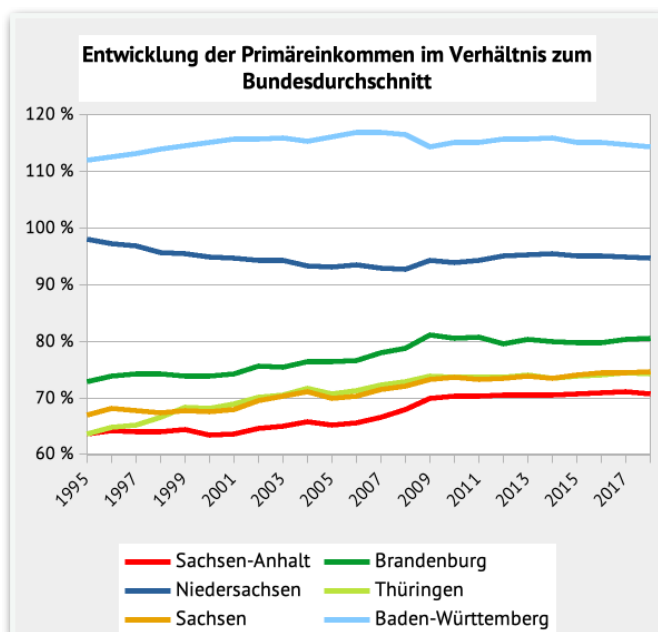
Löhne, Einkommen

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der voll-, teilzeit- und geringfügig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt lag im Jahresdurchschnitt 2020 nach Angaben des Statistischen Landesamtes bei 2.978 EUR und damit um 2% höher als 2019. Der Durchschnittsverdienst lag um 13,8% unter dem bundesweiten Durchschnitt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in Vollzeit länger gearbeitet wird als im Bundesdurchschnitt, dass die Teilzeitquote und der Anteil geringfügig Beschäftigter unter dem Bundesdurchschnitt liegen, also mehr Vollzeitverdienste in den Landesdurchschnitt eingehen als bundesweit. Das durchschnittliche Bruttomonatsentgelt lag unter Einschluss aller Sonderzahlungen im Jahresverlauf bei 3.539 EUR, in Teilzeit bei 2.254 EUR und für geringfügige Beschäftigung bei 320 EUR. Mit 2,4% war die Steigerung bei Teilzeitstellen stärksten. Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit bei Vollzeit sank von 39,8 Stunden auf 39,1%, das Bruttoentgelt stieg zugleich um 2,0%. In einigen Bereichen führte die Pandemie zu erheblichen Einbußen. So sank im Gastgewerbe der Bruttojahresverdienst um 11,7% auf nur noch 14.347 EUR.

Bruttoarbeitsentgelte 2019			
Median Monatliche Bruttoentgelte nach Anforderungsniveau (Vollzeit)			
	Sachsen-Anhalt	Baden-Württemberg	Deutschland
Experten	4.710 €	6.019 €	5.566 €
Spezialisten	3.402 €	5.022 €	4.428 €
Fachkräfte	2.552 €	3.455 €	3.140 €
Helfer	2.004 €	2.577 €	2.334 €
Quelle: Arbeitsagentur, Entgelte im Vergleich. Der Medianwert für Experten berücksichtigt nur Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze. In Baden-Württemberg lagen 24 Berufsgruppe darüber, in Sachsen-Anhalt nur die Berufsgruppe der angestellten Human- und Zahnmediziner.			
Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Berufen und Anforderungsniveau (Vollzeit)			
Lagerwirtschaft, Zustellung, Helfer (M)	1.952 €	2.697 €	2.349 €
Reinigung, Helfer (F)	1.718 €	1.862 €	1.809 €
Altenpflege, Helfer (F)	1.917 €	2.283 €	2.135 €
Maschinenbau, Fachkraft (M)	2.849 €	4.284 €	3.766 €
Quelle: ebd.			

Aufschlussreicher als der Blick auf diese Durchschnittswerte ist ein Blick auf die Median-Werte in den vier Anforderungsniveaus, die die Bundesagentur für Arbeit definiert hat. Das monatliche mittlere Entgelt in 2019 für Tätigkeiten auf dem Anforderungsniveau »Helfer« lag in Sachsen-Anhalt mit 2.004 EUR bei 77,8% des Wertes in Baden-Württemberg und bei 85,9% des Bundesdurchschnittes. Prozentual niedriger lagen die Median-Verdienste bei »Fachkräften« und »Spezialisten«, ähnliche Abstände wie bei »Helfern« verzeichnet die Statistik bei »Experten«, wobei sie hier tatsächlich höher sein dürften, da z.B. für Baden-Württemberg die über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Entgelte von 24 Berufsgruppen nicht erfasst werden.

Die Verdienste in ausgewählten »typischen« Berufen liegen teilweise noch stärker auseinander. Eine männliche »Fachkraft« im Maschinenbau kommt in Sachsen-Anhalt nur auf 66,5% des Verdienstes eines Kollegen in Baden-



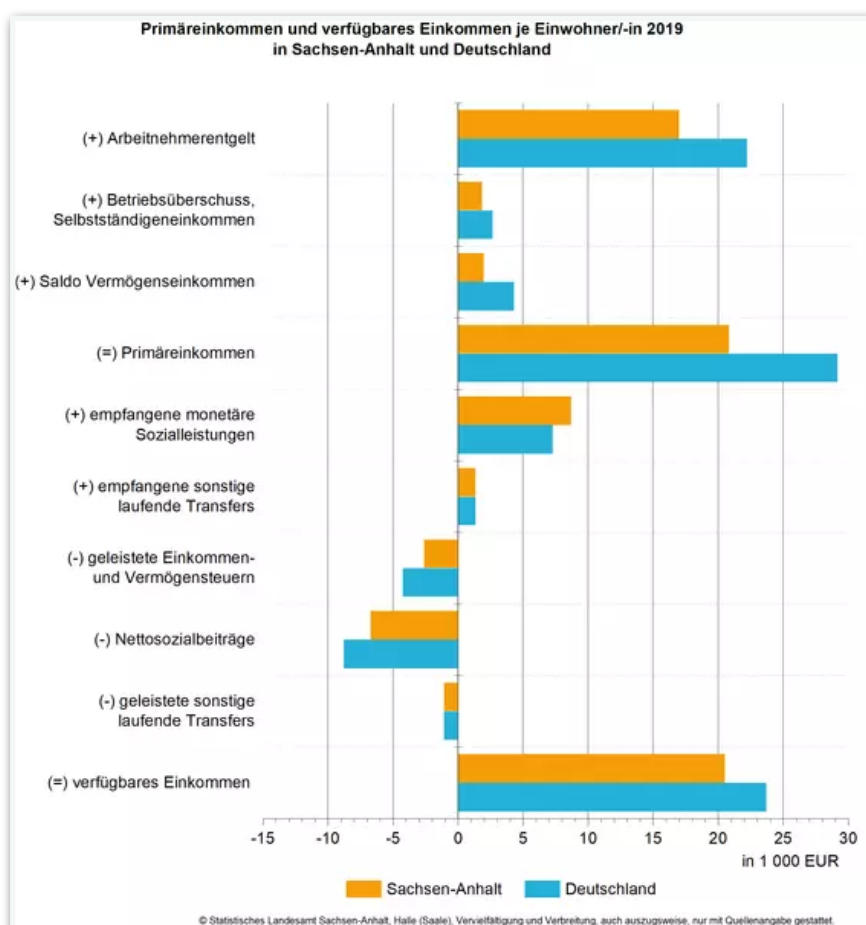
Württemberg und 75,7% des Bundesdurchschnitts. Bei den ohnehin niedrigeren Verdiensten in typischen Frauenberufen ist die Angleichung größer: eine Helferin in der Altenpflege verdient in Sachsen-Anhalt knapp 90% des Bundesdurchschnitts, eine weibliche Reinigungskraft 95%.

Die sozialversicherungspflichtigen Verdienste sind nur ein Aspekt des Vergleichs und auch der Primäreinkommen. Zu diesen »am Markt« erzielten Einkommen zählen alle Einkommen aus Arbeit, Besitz und Vermögen. Die Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner lagen - siehe die Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 bei 19.916 EUR.

Damit blieb das Land mit Abstand Schlusslicht aller Länder. Von 1995 bis 2010 verringerte sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt leicht, seitdem stagniert er auf dem Niveau von 70% des bundesdurchschnittlichen Markteinkommens pro Kopf. Die Stagnation erklärt sich zum Teil durch den steigenden Altersdurchschnitt bzw. Rentner-Anteils. Gleichwohl ist das Pro-Kopf-Primäreinkommen ein Indikator für allgemeinen Lebensstandard und Steuerkraft. Ähnliche Veränderungen in der Altersstruktur gibt es auch in Nachbarländern, jedoch liegt das Pro-Kopf-Markteinkommen dort höher: in Sachsen bei 21.046 EUR,

in Thüringen bei 20.918 EUR, in Brandenburg bei 22.718 EUR, in Niedersachsen bei 26.702 EUR. Der Spitzendurchschnitt liegt mit 32.211 EUR in 2018 in Baden-Württemberg.

Weniger groß sind die Abstände beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, also dem Einkommen, welches nach der sozialstaatlichen Umverteilung (direkte Steuern, Sozialtransfers) zur Verfügung steht. Von 2005 bis 2010 fand eine Annäherung von 76,5% des Bundesdurchschnittes auf 83,9% statt, seitdem oszilliert der Wert um 85%. Allerdings ist es mit rund 15% zum Bundesdurchschnitt immer noch der größte Abstand aller Länder. Die sozialstaatliche Umverteilung bewirkt indes eine



merklich Abflachung der Einkommensunterschiede. Lag Sachsen-Anhalt bei den Markteinkommen bei 70,6% des Bundesdurchschnitts und Baden-Württemberg bei 114,2%, so lauten die Werte für die verfügbaren Einkommen 85,3% und 108,7% in 2018. Seit 2011 liegen in Sachsen-Anhalt als letztem Bundesland die Markteinkommen leicht über den verfügbaren Einkommen, d.h. es fließt von den privaten Haushalten mehr in die öffentlichen Haushalte als umgekehrt. Hierbei handelt es sich um knapp 2% der Markteinkommen, während es in Sachsen 3,4%, in Thüringen 5,4%, in Brandenburg 9,9%, in Niedersachsen 17,7% und in Baden-Württemberg 22,7% sind.

Innerhalb des Landes blieben und bleiben die Abstände in der wirtschaftlichen Entwicklung (der Einkommen) groß. Die Markteinkommen der privaten Haushalte lagen pro Kopf 1995 im Landkreis Mansfeld-Südharz bei 90,4% des Landesdurchschnitts und bei 110,5% in der Stadt Halle. Gut zwanzig Jahre später lagen die Landkreise Börde, Saale und Jerichower Land weit über dem Landesdurchschnitt, während Mansfeld-Südharz noch weiter zurückgefallen war, von rund 20 Prozentpunkten war der Unterschied auf 27 Punkte gewachsen. Durch die sozialstaatliche Umverteilung verringerte sich die Spanne bei den Sekundäreinkommen (verfügbaren Einkommen) auf 9 Prozentpunkte (Landkreis Stendal und Landkreis Börde). Während die drei oben genannten Landkreise bereits 1995 über dem Landesdurchschnitt bei den Markteinkommen lagen, ist zwischenzeitlich nur im Altmarkkreis Salzwedel und im Landkreis Harz eine (leicht) überdurchschnittliche Entwicklung eingetreten, während die kreisfreien Städte Dessau-Roßlau und Halle unter den Durchschnitt fielen - im Fall der Stadt Halle handelt es sich womöglich um ein statistisches Artefakt durch den Zuzug von Studierenden und Migranten.

Einkommen der privaten Haushalte in kreisfreien Städten und Landkreisen						
	Verhältnis zum Landesdurchschnitt				Verfügbare Einkommen in v.H. Primäreinkommen	
	Primäreinkommen		verfügbare Einkommen		1995	2018
	1995	2018	1995	2018		
Sachsen-Anhalt	100 %	100 %	100 %	100 %	100,6 %	98,1 %
Dessau-Roßlau	103,3 %	97,5 %	104,9 %	102,6 %	102,2 %	103,3 %
Halle (Saale)	110,5 %	93,1 %	105,9 %	91,3 %	96,5 %	96,2 %
Magdeburg	105,1 %	102,4 %	103,7 %	96,8 %	99,3 %	92,7 %
Altmarkkreis Salzwedel	98,1 %	106,5 %	93,1 %	102,8 %	95,5 %	94,7 %
Anhalt-Bitterfeld, Landkreis	96,5 %	97,5 %	102,0 %	100,3 %	106,3 %	100,8 %
Jerichower Land, Landkreis	104,0 %	109,3 %	103,8 %	105,1 %	100,3 %	94,2 %
Börde, Landkreis	105,8 %	115,1 %	103,8 %	106,0 %	98,6 %	90,3 %
Burgenlandkreis	96,5 %	96,3 %	99,7 %	100,6 %	103,9 %	102,5 %
Harz, Landkreis	97,5 %	100,3 %	97,8 %	101,9 %	100,9 %	99,6 %
Mansfeld-Südharz, Landkreis	90,4 %	87,9 %	97,1 %	97,8 %	108,0 %	109,1 %
Saalekreis	105,1 %	109,5 %	106,2 %	105,5 %	101,6 %	94,4 %
Salzlandkreis	91,5 %	93,1 %	90,5 %	97,8 %	99,5 %	103,0 %
Stendal, Landkreis	95,0 %	96,2 %	87,4 %	97,0 %	92,6 %	98,9 %
Wittenberg, Landkreis	99,3 %	99,6 %	101,3 %	103,0 %	102,6 %	101,4 %

Quelle: VGRdL (12.05.2021)

Zur Entwicklung des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt seit 1990

Blick auf die Wahlergebnisse

Mit der Landtagswahl 2016 und dem Aufstieg der AfD zur zweitstärksten Partei hat sich das sachsen-anhaltinische Parteiensystem grundlegend verändert. Nach der ersten Landtagswahl 1990, mit der fünf Parteien ins Magdeburger Parlament gewählt wurden, entwickelte es sich bei den Landtagswahlen 1994 bis 2011 als ein Drei-Parteien-System aus PDS bzw. DIE LINKE, SPD und CDU. 1994 und 2011 wurde dieses System »ergänzt« durch eine Landtagsfraktion der Grünen, 2002 und 2006 durch eine Fraktion der FDP und 1998 durch eine

Fraktion der rechtsradikalen DVU, auf die 12,9% der Zweitstimmen entfallen waren. 1990, 2002, 2006 und 2011 stellte die CDU die mit Abstand stärkste Fraktion, 1998 lag die SPD deutlich vor der CDU, 1994 konkurrierten beide Parteien um diese Position.

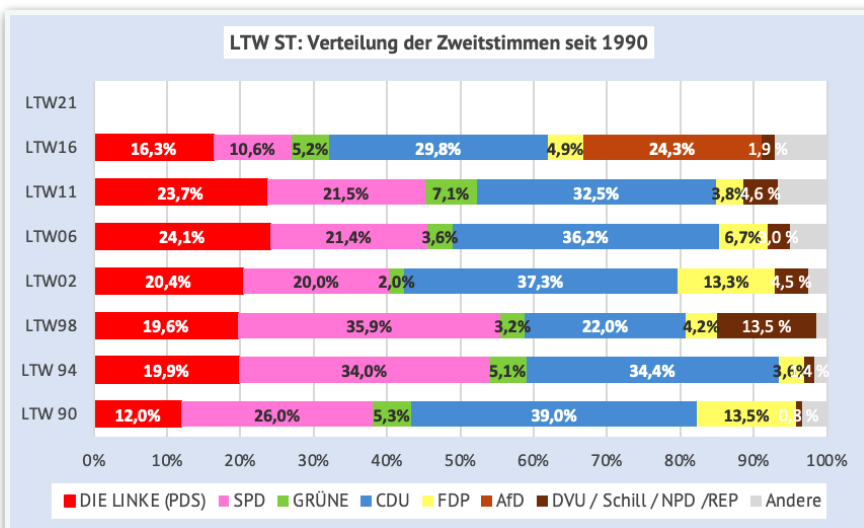
Ab 2016 macht indes die AfD der CDU den Platz der stärksten Fraktion streitig. Die Parteien links von der CDU versammeln gerade

noch 32% der gültigen Zweitstimmen. Bei den Wahlen 1994 und 1998 waren es noch annähernd 60% gewesen.

1994 tolerierte die PDS eine rotgrüne Minderheitsregierung, 1998 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung jeweils unter Ministerpräsident Reinhard Höppner. Eine Koalition zwischen SPD und PDS scheiterte 1998, durchaus gegen den Willen von Höppner, am Veto der SPD-Bundesspitze, die sich vor negativen Auswirkungen auf die Bundestagswahl fürchtete.

2002 erklärte Höppner sich zu einer Koalition mit der PDS wie mit der CDU bereit. Indes hatte sich die Stimmungslage für die SPD in Bund und Land dramatisch verändert. Nach acht Jahren SPD-Regierung war Sachsen-Anhalt in den Augen der Öffentlichkeit wie in der

Selbstwahrnehmung vieler Einwohner nicht voran gekommen, im Gegenteil. Die Zeitung »Die Welt« fasste die Stimmungslage so zusammen: »Schlusslicht, letzter Platz, Rang 16 in der Länder-Liga, rote Laterne - Reinhard Höppner mag diese Begriffe nicht mehr hören. Seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt vor acht Jahren wird der Sozialdemokrat immer wieder mit der schlechten wirtschaftlichen Situation seines Landes konfrontiert. Investitionen und Transfers hin oder her - gut elf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands scheint es, als müsse sich Sachsen-Anhalt mit dem Verlierer-Image abfinden. Mit 18,2 Prozent weist es die höchste Arbeitslosigkeit im Ländervergleich auf. Die 2,6 Millionen Einwohner Sach-

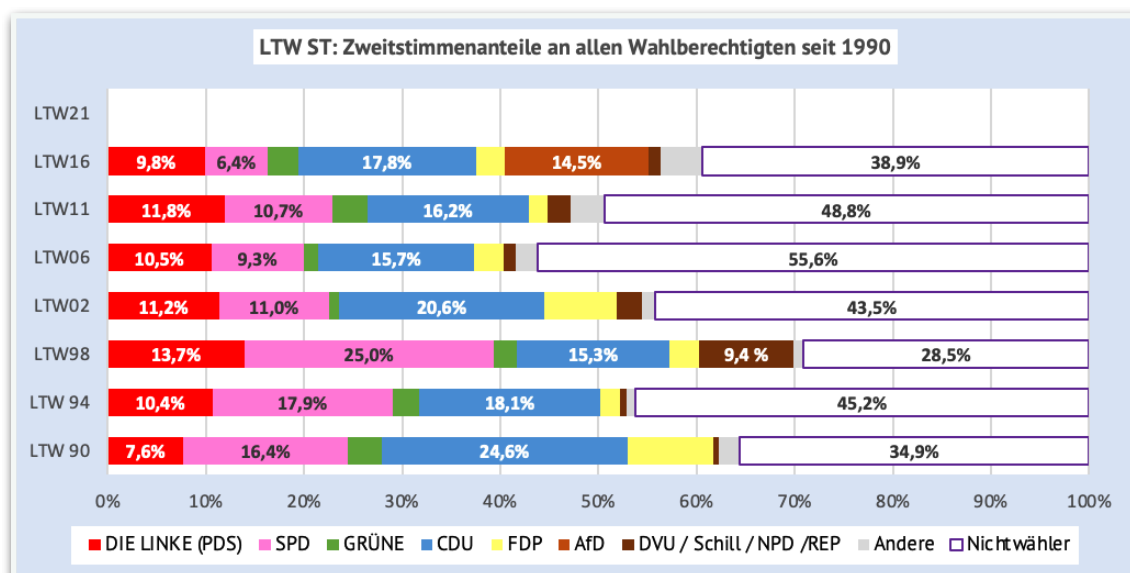


ST: Sitzverteilung in den Landtagen 1990-2016								
Jahr	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Linke ¹	Grüne	AfD	DVU
1990	106	48	27	14	12	5	-	-
1994	99	37	36	-	21	5	-	-
1998	116	28	47	-	25	-	-	16
2002	115	48	25	17	25	-	-	-
2006	97	40	24	7	26	-	-	-
2011	105	41	26	-	29	9	-	-
2016	87	30	11	-	16	5	25	

sen-Anhalts erbringen mit durchschnittlich rund 30 000 Mark jährlich die geringste Wirtschaftsleistung.« (4.1.2002)

Die Landtagswahl am 21.4.2002 gewann die CDU deutlich und stellt seit dem den Ministerpräsidenten. Zunächst koalierte sie unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer mit der FDP, 2006 dann mit der SPD. Nach der Landtagswahl 2011 wurde Rainer Haseloff Ministerpräsident einer CDU-SPD-Regierung, seit 2016 führt er eine »Kenia«-Koalition aus CDU, SPD, und Grünen.

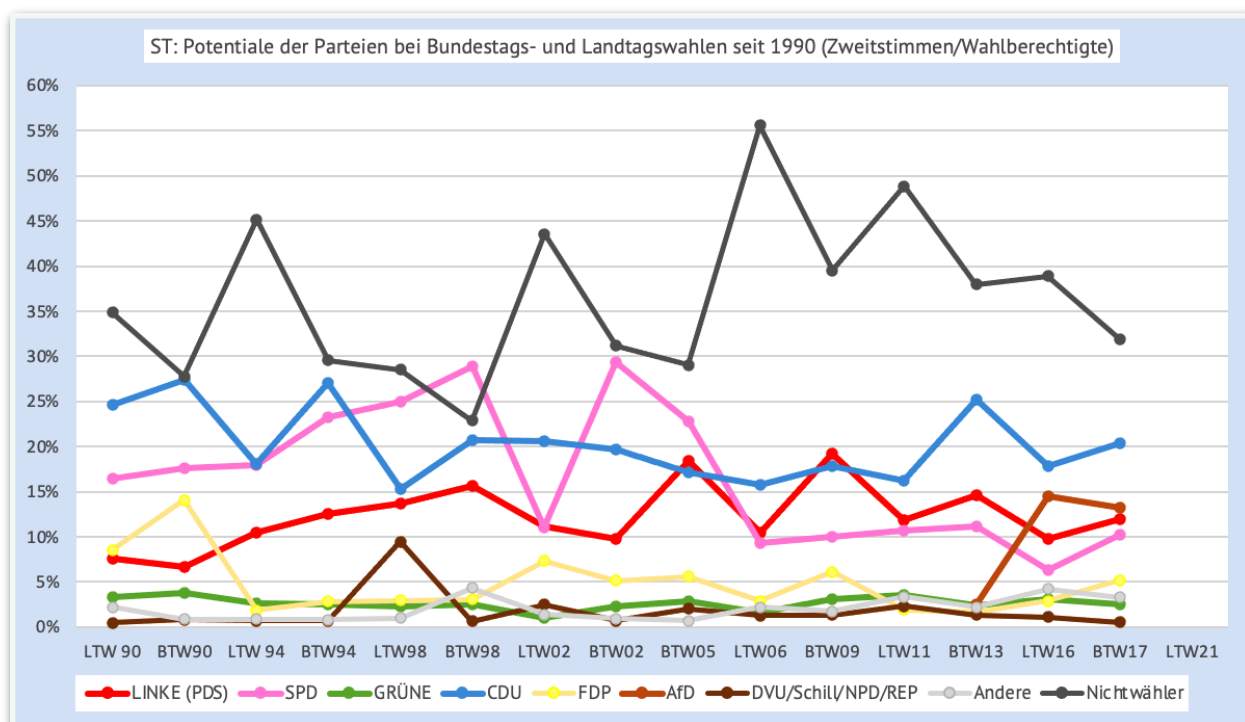
Die Linke bzw. die PDS tolerierte für zwei Wahlperioden eine Minderheitsregierung. Die Landtagswahl 2002 bestritt sie mit dem Ziel, anschließend Koalitionsverhandlungen mit der SPD führen zu wollen. Allerdings erlitt der Wunschpartner eine verheerende Wahlniederlage, statt einer rot-roten Regierung wählten die Sachsen-Anhalter eine schwarz-gelbe Regierung. Seitdem fungiert die LINKE als linke und bis 2016 stärkste Oppositionspartei. Die Landtagswahl 2011 brachte zwar eine satte rechnerische Mehrheit für eine rot-rot-grüne (64 zu 41 Parlamentssitze) und auch für eine rot-rote (55 zu 50 Parlamentssitze) Landesregierung, daraus wurde aber keine reale politische Option, wegen erheblicher politischer Differenzen in der Haushaltspolitik, aber nicht zuletzt auch, weil der Linkspartei in dieser Konstellation als stärkster Partei das Amt des Ministerpräsidenten zugestanden hätte. Seit 2016 stellt DIE LINKE die kleinste und die AfD die größte Oppositionsfraktion mit den entsprechenden parlamentarischen Vorrechten.



Die Verteilung der abgegebenen gültigen Stimmen spiegelt die politischen Kräfteverhältnisse im Land nur unzureichend. Sachsen-Anhalt zählt zu den Ländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen. An der Landtagswahl 2006 beteiligten sich fast 56% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nicht, an den Wahlen 1994, 2002 und 2011 nahmen 44%-49% nicht teil. Bei diesen Wahlen mit hoher Wahlenthaltung sind die Ergebnisse der drei großen Parteien - Ausnahme: 1994 - erstaunlich stabil. Die CDU erhielt immer etwa ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten, die LINKE ein Neuntel und die SPD etwa ein Zehntel.

Ein Ausnahme stellt die Wahl am 26. April 1998 dar. Nach vier Jahren Minderheitsregierung war das politische Interesse an der Landtagswahl außerordentlich hoch, die Wahlbeteiligung stieg um 17 Prozentpunkte auf 71,5%. Die SPD erhielt von einem Viertel der Wahlberechtigten die Stimme, auch die PDS erzielte, gemessen an absoluten Stimmen, ihr bestes Ergebnis. Gleichzeitig erhielt die rechtsradikale DVU von etwa jeder elften wahlberechtigten Person die Stimme (12,9% der gültigen Stimmen).

Schlug 1998 die sprunghaft gestiegene Wahlbeteiligung nach links aus, so war bei der letzten Landtagswahl 2016 das Gegenteil der Fall. Gegenüber der Vorwahl lag die Wahlbeteiligung um zehn Punkte höher, die LINKE und deutlicher noch die SPD verloren an Rückhalt in der wahlberechtigten Bevölke-



rung, während die CDU leicht zulegte und die AfD von 14,5% der Wahlberechtigten gewählt wurde. Eine Regierungsbildung ohne die AfD nötigte Parteien des demokratischen Spektrums zu einer Zusammenarbeit jenseits der traditionellen politischen Lager-Geographie, gleichwohl repräsentierte die »Kenia«-Koalition gerade einmal 27,3% der Wahlberechtigten.

Vergleicht man die Potentiale der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, zeigt sich bis zur aktuellen Wahl für die CDU wieder ein leichter Aufwärtstrend. Sie liegt im Durchschnitt bei einem Fünftel der Wahlberechtigten, wobei sich die Unterschiede zwischen Bundestags- und Landtagswahlen wieder abgeschliffen haben. Anders verhält es sich bei SPD und PDS/Linkspartei. Beide Parteien verzeichnen bis zur Bundestagswahl 1998 eine stetige Ausweitung ihres Potentials auf beiden institutionellen Ebenen. Während die SPD das Potential von 1998 auch bei der Bundestagswahl 2002 wieder ausschöpfen kann, bricht sie wenige Monate später bei der Landtagswahl dramatisch ein. Mit Blick auf die folgenden Landtagswahlen kann man sagen: 2002 verliert die SPD - mit der Aussicht auf eine rot-rote Zusammenarbeit - ihren landespolitischen Rückenwind und fällt auf ihre neue Kern-Wählerschaft zurück, über die hinaus sie auch bei den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 nicht mehr mobilisieren kann. Bei der Landtagswahl 2016 zeigte sich, dass sogar weitere Einbrüche möglich sind.

Der Aufstieg der PDS, ihr Gründungsimpuls als »ostdeutsche Interessenvertretung«, erreicht in der Wählerschaft 1998 seinen Höhepunkt. Sowohl bei der Landtags- wie bei der Bundestagswahl 2002 kommt es zu Einbrüchen von fast einem Drittel. In der Bundestagswahl 2005 profitiert die PDS/Linkspartei von den Protesten gegen die rotgrünen Arbeitsmarktreformen und dem Gründungsimpuls der WASG. Das war auch bei der Bundestagswahl 2009 noch der Fall, nicht aber bei der Landtagswahl 2006. Im weiteren Verlauf werden die positiven Ausschläge bei Bundestagswahlen, der politische Wert der Partei in der Bundespolitik, deutlich schwächer, das Potential nähert sich von oben der Zehn-Prozent-Marke der Landespolitik.

»Rechts wählen« in Sachsen-Anhalt

Der Wahlerfolg der »Deutschen Volksunion« DVU 1998 kam einer politischen Eruption gleich. Bei den Wahlen 1990 und 1994 erreichten Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums zusammen nie mehr als zwei Prozent der gültigen Stimmen oder mehr als ein Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten. Nun landete die DVU bei 12,9% der Zweitstimmen und 9,0% aller Wahlberechtigten.

Der DVU-Vorsitzende Frey investierte rund 3 Millionen DM - mehr als CDU und SPD zusammen - in einen reinen Medien-Wahlkampf, ohne Wahlkampfveranstaltungen und Personalisierungen. Die Parolen auf den Wahlplakaten lauteten »Rettet die D-Mark«, »Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze«, »Kriminelle Ausländer raus, von den Großflächen rief es »Lass dich nicht zur Sau machen! Dein Protest bei der Wahl gegen die Schweinereien von oben. DVU« und »Diesmal Protest wählen. DVU«. Damit sprach die DVU Lebensgefühle im »Downsizing« an, in einer Alltagswelt aus Betriebsschließungen, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Schrumpfung: *»Persönlich verlor das Leben seinen Grund, sozial seine Bewandnis, kulturell wurde es all dessen beraubt, was dem Dasein Sinn und Würze gibt; mit jedem hinzu kommenden Moment drehten sich die Abwärtsspiralen schneller. Die ersten gingen, weil sie keine Arbeit oder keine Lehrstelle fanden, und nahmen dadurch anderen die Arbeit, im Dienstleistungssektor, im Bildungssystem, in kulturellen Einrichtungen, in der Verwaltung. Das städtische Leben verarmte zusehends, und das bestimmte selbst jene zum Wegzug, die gern geblieben wäre, auch ohne Arbeit. Sie gingen, weil andere bereits gegangen waren, weil es keinen verlässlichen sozialen Austausch, kein reges kulturelles Leben mehr gab. Finanzlage, infrastrukturelle Ausstattung und kulturelles Klima von Kommunen und Landkreisen verschlechterten sich weiter, die Abwanderung hielt sich auf hohem Niveau und dadurch entfiel der letzte Anreiz, der schon ansässige Unternehmen zu Investitionen, neue zum Zuzug hätte veranlassen können.«* (Engler 2002, S. 118-119)

Die DVU erreichte in allen Landkreisen über 10% der Zweitstimmen, im nördlichen Landkreis Stendal (Kreiseinteilung: Stand 1998) mit 10,1% der gültigen Stimmen (7,0% der Wahlberechtigten) das schlechteste und das beste mit 17,4% der Stimmen (12,3% der Wahlberechtigten) im Landkreis Bitterfeld das beste Ergebnis. Nur in 6 (nördlichen) der 49 Wahlkreise lag die DVU knapp unter 10%. Eine Konzentration überdurchschnittlicher DVU-Anteile gab es im ehemaligen industriellen Zentrum des Landes, in Bitterfeld, Wolfen, Bernburg, Köthen, Halle, im Salzland- und Saale-Kreis.

Hier holte 18 Jahre später, 2016, auch die AfD ihre besten Ergebnisse. Auch sie erzielte einen flächendeckenden Durchbruch mit Wahlkreisergebnissen zwischen 21,6% in Wittenberg und 31,9% in Bitterfeld. Lediglich in drei von vier Wahlkreisen in Magdeburg und zwei von vier Wahlkreisen in Halle blieb die AfD 2016 zum Teil deutlich (so mit 13,1% im Wahlkreis Halle III) unter der 20%-Marke. Diese Kontinuität deckt sich mit der Demografie im Wahlverhalten.

ST LTW98: Zweitstimmenanteile der DVU				
Geburtsjahrgänge	Alter von ... bis unter ...	Männer	Frauen	Insgesamt
1974-1980	18 – 25	31,7 %	17,9 %	25,4 %
1964-1973	25 – 35	26,2 %	17,8 %	22,0 %
1954-1963	35 – 45	20,9 %	13,5 %	17,1 %
1939-1953	45 – 60	15,1 %	9,7 %	12,4 %
Vor 1939	60 und mehr	5,9 %	4,1 %	4,9 %
Zusammen		17,1 %	10,3 %	12,9 %

Statistisches Landesamt, repräsentative Wahlstatistik

Die DVU erzielte ihre besten Ergebnisse unter den jüngeren Wahlberechtigten und hier vor allem unter den männlichen. Von den unter 25jährigen Männern erhielt sie fast ein Drittel der Stimmen, von den 25- bis 34jährigen mehr als ein Viertel. Wer 1998 jünger als 35 Jahre alt war, der oder die wurde zwar in der DDR sozialisiert, hatte aber kaum bereits die Lebenszeit gehabt, sich ein soziales - berufliches wie familiäres - Leben aufzubauen.

Im Gegenteil, mit den sozialen Zusammenbrüchen gingen auch die Orientierungsmarken für verlässliche Lebensplanungen verloren. Der Weg des Protestes nach rechts war insofern vorstrukturiert, als vielfach die PDS als Erbe der »SED-Miswirtschaft«, Funktionäre der CDU wie der PDS als Mitglieder »alter Seilschaften« und die Landesregierung als Partnerin der »Treuhand« galten und auch als verlängerter Arm der »West-Parteien« angesehen wurden.

EXKURS: »SCHEITERN IN OSTDEUTSCHLAND - ...

... *Das ist ein ganz eigenes Phänomen.*« diagnostizierte Wolfgang Engler Anfang des Jahrtausends (Engler 2002, S. 155). In seinem Essay über die »Ostdeutschen« zehn Jahre nach der Wende blickte Engler auf Eigenheiten der ostdeutschen Gesellschaft, ihrer sozialen Alltagswelten und Erfahrungen. Zu den Eigenheiten, die zu berücksichtigen für ein Verständnis des Wahlverhaltens hilfreich sein kann, zählte Engler die Erfahrungswelt der »arbeiterlichen« Gesellschaft, den sozialen Schock der Wende und die fehlende (neoliberale) Individualisierung sozialer Strukturprozesse.

Die »arbeiterliche Gesellschaft« war eine, in der Arbeiter jenseits der formellen sozialen Rand- und Hierarchieordnungen hohes Ansehen genießen: *»Arbeiter, die von sich selbst eine hohe Meinung haben, mit Stolz auf die eigenen und mit Geringschätzung auf andere soziale Gruppen blicken, die nicht oder nicht richtig arbeiten, fanden und finden sich in jeder industriellen Arbeitsgesellschaft, gleich welchen Typs. Auf Arbeiter, die in den Augen der anderen denselben hohen Rang einnahmen, den sie sich selbst beimaßen, traf man nur in den arbeiterlichen Gesellschaften Ost-Mitteleuropas.«* (Engler 2002, 76) Der alten Bundesrepublik war nicht nur diese informelle Anerkennungsordnung fremd und suspekt, der wirtschaftliche und soziale Verlauf der Vereinigung entzog dieser Ordnung auch die soziale Basis. Ostdeutschland wurde zu einer »Transfergesellschaft«, die Volksbewegung vom Herbst 1989 scheiterte: *»Darauf gerichtet, persönliche Lebensführung, Beruf und sozialen Zusammenhang aus staatlicher Vormundschaft und administrativer Direktion zu lösen, mündete sie in einen Prozess, der die Abhängigkeit des Alltagslebens vom Staat, von staatlichen Umverteilungen und Zuwendungen und damit einhergehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen über jedes damals vorstellbare Maß hinaus gesteigert hat.«* (Engler 2002, 121)

Die schockartig einsetzende soziale Zerstörung und Schrumpfung wurde oben unter dem Stichwort Downsizing bereits skizziert. In der Gesamtschau: *»Fasst man alle zusammen, die aufs Abstellgleis gerieten, in Wartesäle geschoben oder mit Arbeitstherapie abgefunden wurden, dann schwillt das Heer der Unglücklichen und Überflüssigen auf ein Mehrfaches an, auf rund 3,5 Millionen. Gemessen an den für den Arbeitsmarkt überhaupt in Frage kommenden Erwerbspersonen führt annähernd jeder und jede zweite Ostdeutsche eine prekäre Existenz.«* (Engler 2002, 137) Die materielle Seite besaß zugleich eine ideelle: *»Als sei das Leben unter dem Volkseigentum ein Verbrechen gewesen, unterzog man die Ostdeutschen einer wahren Tortur. Je einschneidender sie persönlich erlebt wurde, desto gefährdeter war die nackte Existenz. Mancher ging daran zugrunde ... Aber auch die Robusteren gingen gezeichnet aus der Operation hervor, fühlten sich ... verurteilt, »ohne was verbrochen zu haben.«* (Engler 2002, 155)

In angelsächsischen Gesellschaften vor allem, schwächer in den westlichen kontinentaleuropäischen Gesellschaften wird soziales Scheitern schnell als persönliches Versagen gedeutet: zu wenig geleistet, die falschen Entscheidungen getroffen. Das neoliberale Gesellschaftsbild hat diese Individualisierung von sozialen Strukturen in Richtung »Eigenverantwortung« und »Selbstvermarktung« auf die Spitze getrieben. Diesem Deutungsmuster verweigerten sich »die Ostdeutschen« und »fassen ihr soziales Scheitern unbeirrt in sozialen Begriffen«. Warum verfährt man so mit uns? Wo liegen die Ursachen für unser Scheitern? Wer trägt die Verantwortung? Was hätten wir anders machen können? Auf diese Frage gäbe es im Osten ein anderes Antwortmuster als im Westen. *»Soziales Scheitern, im strengen Sinn des Wortes, war für die Mehrheit der Ostdeutschen ein Fremdwort. Berufliche Laufbahn, Ansehen, Einkommen und Lebensstandard mochten den eigenen Wünschen entsprechen oder hinter ihnen zurückbleiben; die Grundlagen der Existenz blieben davon unberührt - sofern man sich ruhig verhielt. (...) Soziales Scheitern war entweder kein Thema oder bewusst einkalkuliert oder von oben erzwungen; im ersten Fall gab es keine Schuldigen, im zweiten Schuldige ohne Schuldgefühl, im dritten trug der Staat die Schuld; kein Anlass zu Verzweiflung und Zerknirschung, zu Selbstzweifel und Gewissensnöten. Als das soziale Scheitern nach 1990 in den Osten Deutschlands zurückkehrte und epidemischen Charakter annahm, wurde dieses Muster weitgehend reaktiviert. Die Jagd nach Schuldigen lief von Adresse zu Adresse, wechselte Ansatz- und Angriffspunkte, ohne den einmal eingeschlagenen Kurs zu verlassen.«* (Engler 2002, 135-136)

Zur »Jagd nach Schuldigen« zählte bereits früh die Gewalt gegen die Land verbliebenen migrantischen Arbeitskräfte, die roheste und brutalste Form, aufkommenden Selbstzweifel zu bannen. Die Fremdzurechnung

des eigenen Scheiterns, der Vergeblichkeit des eigenen Bemühens um einen subjektiv angemessenen Platz in der neuen Gesellschaftsordnung diene jenseits dessen vor allem der Identitätsbildung: *»In der Abwägung sämtlicher Faktoren, die die eigene Lage beeinflussen, wiegen die objektiven bei weitem am schwersten. Das, was man mit anderen teilt - die stumme und deprimierende Macht der Verhältnisse - gibt dem Urteil den Ausschlag, drängt Selbstzweifel an den Rand. Die Fremdzurechnung des Scheiterns wird den Ostdeutschen durch die Umstände aufgenötigt.«* (Engler 2002, 137)

Welchen Namen bekommen diese »Umstände«? Linke Deutungsmodelle in der Tradition der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes waren durch die Lehrbücher der Politischen Ökonomie weitgehend entleert und die soziale Praxis kontaminiert. Wer in der PDS in den neunziger Jahren den Begriff »Klasse« nutzte, zählte auch dort zu den Ewiggestrigen, die aus der Geschichte nichts gelernt hätten. Als zentrales Charakteristikum der »Umstände« wurde naheliegend schnell die westdeutsche Landnahme erkannt. Ihre Art und Weise schuf den Nährboden für eine Quasi-Ethnisierung der sozialen Konflikte in Ostdeutschland in den 1990er Jahren und darüberhinaus, ihre Interpretation als ein Innen-Außen-Konflikt. Die Berufung auf »ostdeutsche Erfahrungen« und auf eine »ostdeutsche Identität«, die bei weitem nicht alle Ostdeutschen teilten, ordnete sich in die Innen-Außen-Logik ein. Einerseits ging es dabei um die sozialen Rechte einer Minderheit gegen »die da oben«. Andererseits: Die da oben, das hatte man wiederum in der DDR lernen können, fürchteten besonders die »nationale (deutsche) Frage«. Protest gegen die da oben durch Wahl einer rechts-nationalen Partei auszudrücken, lag somit im Rahmen des Erfahrungshaushalts junger Ostdeutscher mit »arbeiterlicher« Herkunft nicht fern.

Die Diagnose von Engler erläutert zeitgenössisch die Mechanismen der Verwandlung einer sozialen Identität - des Arbeiters in der östlichen Industriegesellschaft - in eine - zunächst noch sozial konfrontierte - ostdeutsche Identität, in einen Innen-Außen-Konflikt. Der Wahlerfolg der DVU 1998 kann dabei als Frühform dieser Verwandlung begriffen werden, die Erfolge der AfD als seine Vollendung: *»Die Empörung über die soziale Ausmusterung von Millionen Menschen, die sich im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte fühlen, ist dann am unversöhnlichsten, wenn sie Gesellschaften erfasst, die über alle Ressourcen verfügen, dem Notstand abzuhelpen und es dennoch nicht tun, und wenn Personen sie vorbringen, die unter ärmlicheren Umständen empfindlichere Gerechtigkeitsvorstellungen entwickelten. Insofern könnten die Letzten, die der »westlichen Werteordnung« beitreten, die Ersten sein, die sie wieder ernstlich in Verlegenheit bringen; in der Manier, ein System beim Wort seiner versammelten Prinzipien zu nehmen und dadurch von innen zu entwaffnen, sind sie jedenfalls geübt.«* (Engler 2002, 144) In dieser Fähigkeit mag der eigentlich Kern des »Erfahrungsvorsprungs Ost« liegen.

2002 wies Engler auf einen entscheidenden Aspekt hin, aus dem die AfD bei ihren Erfolgen ab 2014 Funken schlug: Gesellschaften, die über alle Ressourcen verfügen, dem Notstand abzuhelpen und es dennoch nicht tun. Das kein Geld da sei, war sowohl das Stabilitätsversprechen (Schuldenbremse) als auch die Entschuldigung (Sparpolitik) für gedrückte und bedrückende Lebensverhältnisse, denen der Staat tatenlos zu sah. Und als die Banken gerettet werden mussten und als die Flüchtlinge ins Land kamen, war plötzlich Geld genug... Rechte Wahlerfolge leben nicht vom Ressentiment allein.

Klaus Dörre spricht mit Blick auf ganz Deutschland von einer »rechten Tiefengeschichte«, die sich in der Wahl nationalradikaler, populistisch auftretender rechter Parteien äußere. Er machte sie in seinen soziologischen Befragungen und Beobachtungen bereits seit den 1980er Jahren in Westdeutschland unter jungen Gewerkschaftern aus, die sich als Wähler der »Republikaner« (REP) bekannten: *»Ihr Gesellschaftsbild unterschied sich in wichtigen Dimensionen kaum von der Weltsicht sozialdemokratischer Altersgenossen. Gerechtigkeitsvorstellungen adressierten sie vornehmlich an einen nationalen Wohlfahrtsstaat, der diese Ansprüche jedoch immer weniger gewährleisten konnte. Die Grenzen sozialdemokratischer Verteilungspolitik vor Augen, tendierten die jungen Lohnabhängigen dazu, den Kampf um den Statuserhalt oder Statusverbesserungen mit den Mitteln des Ressentiments auszutragen. Dieser Kampf hatte von Beginn an sowohl eine materielle als auch eine kulturelle Dimension. Die Befragten empfanden ihre Leistungen gesellschaftlich nicht angemessen gewürdigt; sie sahen ihre Lebensentwürfe aber auch moralisch abgewertet. (...) Neben der Wahrnehmung ungerechter Verteilungsverhältnisse animierten Wertmusterkonflikte die jungen Gewerkschaftsmitglieder dazu, ihren Protest an die populistische oder die extreme Rechte zu delegieren. Dieser Protest hatte etwas Rückwärtsgewandtes. Er zeugte von einer »Sehnsucht nach der*

alten Republik«, einem »goldenen Zeitalter«, als die Arbeiterschaft noch respektiert wurde und die ihr Angehörigen noch Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg hatte. Kritik am »System«, die sich damals bereits artikuliert, richtete sich gegen jene anonymen Mächte, die in den Augen der Befragten zunehmend zerstörten, was das Arbeiterleben eigentlich lebenswert machte.« (Dörre 2020, 19)

Bei der folgenden Landtagswahl 2002 trat die DVU nicht an. Stattdessen erhielt die Schill-Partei gut 52.000 Stimmen, aber »nur« 4,5% der Zweitstimmen, so dass sie keine Fraktion im Landtag stellen konnte. Nur rund 14.000 DVU-Stimmen von 1998 gingen an die Schill-Partei. 63.000, mehr als ein Drittel, blieb der Wahl fern, 47.000 Stimmen gingen an die CDU, 21.000 an die SPD, 12.000 an die PDS, 9.000 an die FDP, 4.000 an andere Parteien. Gut 20.000 DVU-Wähler und -Wählerinnen waren zwischenzeitlich fortgezogen oder verstorben (Zahlen nach Wählerwanderungsbilanz 2002 von Infratest dimap). Dieses Wahlverhalten spricht dafür, dass die DVU 1998 zu einem großen Teil politisch richtungslosen Protest einsammelte, der indes keine Tabu-Grenze gegenüber rechtsradikalen Parteien kannte.

Bei der Landtagswahl 2006 trat die DVU wieder an, erhielt aber nur 3,0% der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2011 versuchte die NPD den Einzug in den Landtag, scheiterte mit 4,6% allerdings knapp. 1998 reüssiert die DVU als rechte Protestpartei, konnte aber mangels vorhandener Parteistrukturen sich nicht dauerhaft verankern. Gleichwohl zeigte sie erstmals, welches Potential rechts-nationalistischem Protest in ostdeutschen Ländern als Rohstoff zur Verfügung stehen könnte. Ein paar Jahre später konnte die NPD in Sachsen, wo sie über ausgebaute Parteistrukturen verfügte, dieses Potential erneut abrufen und politisch verdichten.

1998 und 2006 (und 2011 noch die NPD) erzielte die DVU ihre größten Stimmenanteile in den jüngeren Altersgruppen, hier insbesondere unter den ab 1970 geborenen Männern (und Frauen). Die AfD erzielte 2016 hingegen unter den 18- bis 25jährigen, die ihre Stimme abgaben, unterdurchschnittliche Ergebnisse, ebenso unter den 70jährigen und Älteren. Besonders stark war sie unter den 25- bis 60jährigen Männern und Frauen, die in verschiedenen Phasen des Erwerbslebens standen. Bei dem Blick auf das Stimmverhalten nach Geburtsjahrgängen fällt die hohe Annäherung der Stimmenanteile der DVU und der AfD bei den zwischen 1960 und 1980 geborenen Männern und Frauen ins Auge, also unter denjenigen, die 1989/90 höchstens 30 Jahre alt waren und sich unter völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erarbeiten mussten als sie nach ihrer Sozialisation in der »arbeiterlichen Gesellschaft« der DDR erwarten konnten und erwartet hatten.

Die AfD erhielt 2016 rund 273.000 Zweitstimmen. 101.000 kamen, so Infratest dimap, von vorherigen Nichtwählern, 38.000 Stimmen von der CDU, 28.000 von der Linkspartei, 20.000 von der SPD, 6.000 von der FDP, 3.000 von den Grünen und 54.000 von anderen Parteien. 8.000 waren Erstwähler und Erstwählerinnen, 15.000 Zugezogene.

ST LTW: Stimmenanteile für DVU und AfD nach Altersgruppen und Geschlecht			
Männer			
Jahrgänge	1998 DVU	2006 DVU	2016 AfD
1992-1998			22,8 %
1982-1991		9,6 %	31,6 %
1972-1981	31,7 %	8,1 %	33,5 %
1957-1971	26,2 %	5,9 %	33,6 %
1947-1956	20,9 %	4,4 %	30,3 %
1946 und früher			20,7 %
Frauen			
Jahrgänge	1998 DVU	2006 DVU	2016 AfD
1992-1998			18,9 %
1982-1991		4,0 %	24,8 %
1972-1981	17,9 %	2,7 %	21,7 %
1957-1971	17,8 %	2,1 %	22,3 %
1947-1956	13,5 %	1,6 %	18,3 %
1946 und früher			12,5 %
Statistisches Landesamt, repräsentative Wahlstatistik. Bei den Geburtsjahrgängen kommt teilweise zu Überschneidungen mit den Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik.			

»Links wählen« in Sachsen-Anhalt

DIE LINKE erzielte 2016 mit 183.290 Zweitstimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1994, erhielt erstmals nach 1990 weniger als 200.000 Stimmen. Ihr bestes Ergebnis erzielte die PDS 1998 mit 293.000 Zweitstimmen, 2002 und 2011 reichte es für jeweils etwa 235.000 Stimmen, bei der Landtagswahl 2006 holte die Linkspartei.PDS mit 217.000 Zweitstimmen mit 24,1% ihr prozentual bestes Ergebnis.

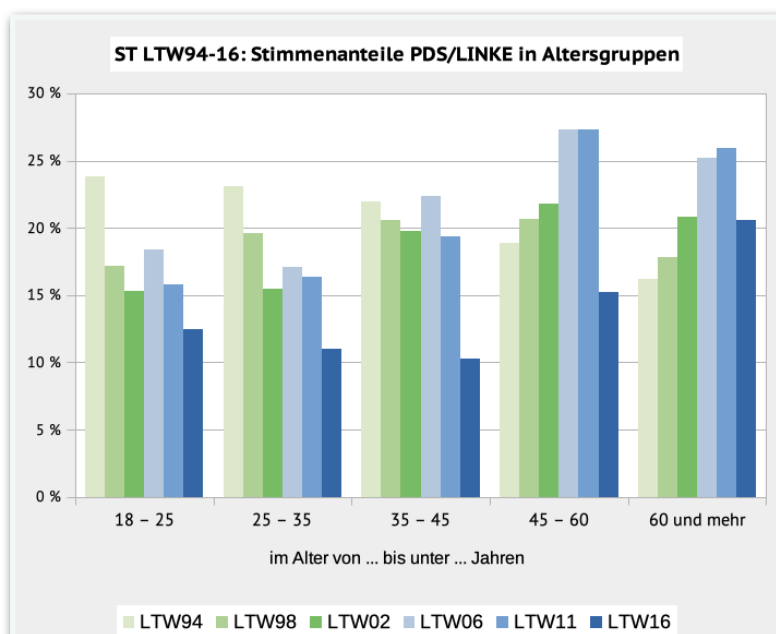
In den gut zwanzig Jahren von 1994 bis 2016 alterte die linke Wählerschaft: Während 1994 die unter 45jährigen Wählerinnen und Wähler noch überdurchschnittlich links, PDS, wählten und die über 60jäh-

ST LTW94-16: Differenz der Stimmenanteile für PDS/LINKE in Altersgruppen zum Gesamtergebnis

Alter von – bis unter ... Jahre	LTW94	LTW98	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
18 – 25	3,9 %	-2,4 %	-5,1 %	-5,7 %	-8,3 %	-3,8 %
25 – 35	3,2 %	0,0 %	-4,9 %	-7,0 %	-7,7 %	-5,3 %
35 – 45	2,1 %	1,0 %	-0,6 %	-1,7 %	-4,7 %	-6,0 %
45 – 60	-1,0 %	1,1 %	1,4 %	3,2 %	3,2 %	-1,1 %
60 und mehr	-3,7 %	-1,8 %	0,4 %	1,1 %	1,8 %	4,3 %

Statistisches Landesamt, Repräsentative Wahlstatistik 2006, 2011, 2016

rigen deutlich unterdurchschnittlich, setzte bereits 1998 eine rückläufig Entwicklung bei den 18-25jährigen ein. Wer 1989/90 kaum volljährig war, wer 1974 oder später geboren wurde, wählte mit 2,4 Prozentpunkten weniger die PDS als der Durchschnitt. 2002 wählte bereits alle unter 45jährigen unterdurchschnittlich die Partei, je jünger desto stärker. Erstmals wählten die über 60jährigen die PDS überdurchschnittlich. Bis 2011 blieb es dabei: bei unter 45jährigen Männer und Frauen waren die Ergebnisse unterdurchschnittlich, bei über 45jährigen lagen sie über dem Durchschnitt. 2016 ging der Einbruch der Stimmen damit einher, dass DIE LINKK nur noch in der höchsten Altersgruppe überdurchschnittliche Stimmenanteile erhielt.



Der Blick auf die Stimmenanteile in den Altersgruppen offenbart eine Unterbrechung durch den Impuls der WASG-Gründung bzw. durch die Bildung des Linkspartei.PDS im Zusammenhang mit den Protesten gegen die sozialdemokratischen Arbeitsmarktreformen. In allen Altersgruppen stiegen die Stimmenanteile, besonders aber in der Gruppe der 45-60jährigen. Hierbei handelt es sich um die zwischen 1947 und 1961 Geborenen, um die erste DDR-Generation, die sich nun der zweiten Phase ihres Erwerbslebens befand und der Altersrente entgegenschah.

Zwölf Jahre zuvor, 1994, zählten sie zur Gruppe der 25-35jährigen, die ebenfalls bereits überdurchschnittlich die PDS gewählt hatten. Ihre Stärke hatte und hat sie, so lassen sich diese Tendenzen zusammenfassen, in der ersten Generation der DDR, unter den Ende der 1940er bis Anfang der 1970er Jahre Geborenen. Sie hatten einen beachtlichen Teil ihres Erwerbslebens bereits in der DDR-Gesellschaft verbracht und waren auf spezifische Weise von den sozialen - materiellen wie ideellen - Entwertungen und Deklassierungen nach 1990 betroffen. Es war diese Altersgruppe, in der 2016 besonders häufig zur AfD gewechselt wurde. Gleichwohl blieb sie die für das Gesamtergebnis der Linkspartei entscheidende Altersgruppe.

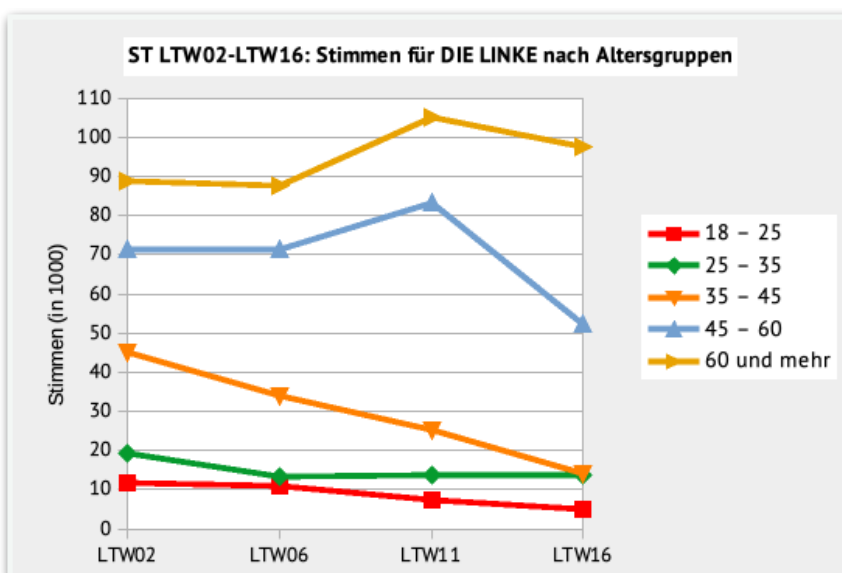
Kamen bei der Landtagswahl 2002 noch 13,1% der linken Stimmen von unter 35jährigen, so 2016 nur noch 10,3%. Der Anteil der 35-45jährigen Wählerinnen und Wähler sank von 19,1% auf 7,8%, der Anteil

der 45-60 jährigen war - erwartungsgemäß - bis 2011 von 30,2% auf 35,4% gestiegen, 2016 dann aber auf 28,6% gesunken - eine eklatanter Einbruch in die bis dahin »normale« demografische Entwicklung der Wählerschaft. Das Gewicht der über 60jährigen wuchs dadurch noch stärker, obwohl der Stimmenanteil auch unter ihnen zurückging: Statt 37,5% der Wählerschaft stellten sie 2016 bereits 53,3%, wobei die über 70jährigen, also die 2021 über 75jährigen, 2016 fast 30% der Stimmen brachten.

ST LTW02-16: Zusammensetzung Wählerschaft DIE LINKE nach Altersgruppen				
Alter von – bis unter ... Jahre	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
18 – 25	5,0 %	5,1 %	3,2 %	2,8 %
25 – 35	8,1 %	6,1 %	5,9 %	7,5 %
35 – 45	19,1 %	15,7 %	10,7 %	7,8 %
45 – 60	30,2 %	32,9 %	35,4 %	28,6 %
60 und mehr	37,5 %	40,3 %	44,8 %	53,3 %
60 – 70				24,0 %
70 und mehr				29,3 %

Statistisches Landesamt, Repräsentative Wahlstatistik 2006, 2016

Ein Blick auf die absoluten Zweitstimmen in den Altersgruppen zeigt die Dramatik dieser sozio-demografischen Tendenzen. Es scheint, als finde in der Altersgruppe der 35-45jährigen ein Bruch statt (der sich natürlich teilweise aus den geringeren absoluten Stimmen in den vorhergehenden Altersgruppen und früheren Wahlen erklärt). Wenn, grob geschätzt, nur 7-8% der Stimmen für die Linke aus der Alters-



gruppe der 30-40jährigen kommen, die einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gefunden, eine Familie gegründet, Kinder bekommen haben und in Kindergärten, Schulen und Vereinen präsent sind, dann fehlt eine ganz entscheidende Verbindung zum sozialen Alltagsleben. Wie die Analyse der rechten Stimmen zeigte, sind hier Bürgerinnen und Bürger, die AfD gewählt haben, deutlich stärker vertreten.

DIE LINKE verlor bei der Landtagswahl 2016 rund 28.000 Stimmen an die AfD, sie machten etwa 11% der AfD-Stimmen aus. Insgesamt verlor DIE LINKE 2016 laut Infratest dimap 119.000 ihrer Wählerinnen und Wähler von 2011. Die Verluste an die AfD machten davon knapp 24% aus, insgesamt gingen 54% der Verluste an andere Parteien. 23% der Verluste (27.000 Stimmen) entfielen auf Nichtwähler und 18% auf verstorbene Wähler. Gleichzeitig gewann DIE LINKE 65.000 neue Wählerinnen und Wähler. 26.000

Altersgruppen und Geburtsjahrgänge							
Altersgruppe von .. bis Jahre	Geburtsjahrgänge der jeweiligen Altersgruppen bei der Landtagswahl						
	1994	1998	2002	2006	2011	2016	2021
18 – 25	1970-1976	1974-1980	1978-1984	1982-1988	1987-1993	1992-1998	1997-2003
25 – 35	1960-1969	1964-1973	1968-1977	1972-1981	1977-1986	1982-1991	1987-1996
35 – 45	1950-1959	1954-1963	1958-1967	1962-1971	1967-1976	1972-1981	1977-1986
45 – 60	1935-1949	1939-1953	1942-1957	1947-1961	1952-1966	1957-1971	1962-1975
60 und mehr	1934 und früher	1939 und früher	1942 und früher	1946 und früher	1951 und früher	1956 und früher	1961 und früher
60-70						1947-1956	1952-1961
70 und mehr						1946 und früher	1951 und früher

waren 2011 Nichtwählerinnen, 27.000 hatte andere Parteien gewählt, vor allem die SPD. Die übrigen 12.000 waren Erstwähler und Zugezogene.

Wahlverhalten, sozialer Status und Bildung

Nachwahlbefragungen zum Wahlverhalten sozialer Gruppen stehen hier für die Landtagswahlen ab 2001 zur Verfügung. Sie machen zusätzlich zu den Unterschieden im Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht nochmals Unterschiede nach beruflicher Tätigkeit und formalem Bildungsstand erkennbar.

Wahlverhalten nach formalem Bildungsstand					
	Bildung	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
LINKE	niedrig	17 %	23 %	25 %	19 %
	mittel	19 %	25 %	24 %	15 %
	hoch	25 %	24 %	23 %	18 %
SPD	niedrig	28 %	24 %	26 %	12 %
	mittel	15 %	19 %	21 %	9 %
	hoch	19 %	22 %	20 %	12 %
GRÜNE	niedrig	1 %	2 %	3 %	2 %
	mittel	1 %	3 %	6 %	3 %
	hoch	3 %	6 %	11 %	9 %
CDU	niedrig	39 %	39 %	31 %	30 %
	mittel	39 %	35 %	31 %	28 %
	hoch	32 %	36 %	34 %	32 %
FDP	niedrig	10 %	6 %	4 %	4 %
	mittel	14 %	8 %	4 %	4 %
	hoch	16 %	7 %	4 %	7 %
AfD	niedrig				25 %
	mittel				30 %
	hoch				15 %
NPD	niedrig			5 %	
	mittel			6 %	
	hoch			2 %	
Sonstige	niedrig	5 %	6 %	6 %	8 %
	mittel	12 %	10 %	8 %	11 %
	hoch	5 %	5 %	6 %	7 %

Infratest dimap, Wahlberichterstattung ARD

Beim Wahlverhalten nach Bildungsstand findet eine Unterscheidung von Berufstätigen und Rentnern nicht statt, abgebildet wird der Bildungsstand aller Altersgruppen. Der höhere Anteil niedriger Bildungsabschlüsse in den höheren Altersgruppen und umgekehrt der höhere Anteil hoher Abschlüsse unter den Jüngeren bildet sich daher in der nebenstehenden Zusammenstellung nicht ab.

Ein »niedriger« Bildungsabschluss meint einen fehlenden Abschluss und einen Haupt- oder Volksschulabschluss. Zum »mittleren« Abschluss zählen alle Abschlüsse der 10. Klasse und vergleichbare Abschlüsse. »Hohe« Abschlüsse meinen den Erwerb der Hochschulreife und einen (Fach-)Hochschulabschluss. Bezogen auf berufliche Qualifikationen kann der Bildungsstand als Indikator verstanden werden für einen akademischen Beruf (»hoch«), für einen Fachlehr- und Fachschulberuf (»mittel«) und für betrieblich angelernte und ungelernte Berufe (»niedrig«). Je älter die Befragten, desto eher finden sich Personen mit einem niedrigen Bildungsstand unter den Fachberuflern, je jünger sie sind, desto wahrscheinlicher ist, auf eine Person mit Hochschulreife zu treffen, die (zunächst) einen Fachberuf erlernt hat (vgl. Kahrs 2021, 22-33).

Das Wahlverhalten nach Bildungsstand unterscheidet sich in Sachsen-Anhalt nicht wesentlich von dem in anderen Landtagswahlen. Die Grünen sind als Akademiker-Partei klar erkennbar, CDU und LINKE als Parteien, die in allen Bildungsschichten etwa gleich vertreten sind, was sich allerdings für die LINKE 2016 ändert. Die SPD war bis 2011 die Partei, die überdurchschnittlich von Wahlberechtigten aus angelernten Berufen und Fachberufen gewählt wurde. An den Wahlergebnisse für »sonstige« Parteien, für die NPD und 2016 dann für die AfD ist zu erkennen, dass es vor allem mittlere Qualifikationen, Facharbeiter und in geringerem Maße Facharbeiterinnen sind, die auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat sind und diese in der AfD finden.

Unterschiede im Wahlverhalten von Erwerbstätigen spiegeln insbesondere das Wahlverhalten der 25-60jährigen Männer und Frauen.

Erwerbstätige Arbeiter dürften bereits 1998 zu einem hohen Prozentsatz die DVU gewählt haben. Das legt der hohe Prozentsatz für »Sonstige« 2002 (u.a. »Schill«-Partei) nahe, auch die 11% für die NPD 2011. Während die Stimmenanteile von wählenden Arbeiterinnen und Arbeitern für die SPD von 2002

bis 2011 konstant bleiben, die für die LINKE sogar steigen, verliert die CDU währenddessen ihren Status als Partei der Arbeiter. 2016 kommen LINKE und SPD nur noch auf gut ein Fünftel der Stimmen von erwerbstätigen Arbeitern, während fast doppelt so viele die AfD wählen und nahezu jeder sechste eine »sonstige« Partei. Diese Anzeichen politischer Hei-

matlosigkeit und Suche finden sich unter erwerbstätigen Angestellten auch, aber weniger ausgeprägt, Dort sind die Verluste der CDU geringer, diejenigen von SPD und Linkspartei im Vergleich dazu höher und statt mehr als die Hälfte der Arbeiter wählt nur ein knappes Drittel der Angestellten Parteien außerhalb des etablierten Parteienspektrums von FDP bis Linkspartei. (Weitergehende Analysen zur Wahlentscheidung für die AfD finden sich unter anderem bei Falkner/Kahrs 2019 und Kahrs 2019)

LTW ST: Wahlverhalten der erwerbstätigen ...								
	Arbeiter				Angestellten			
	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
LINKE	17 %	24 %	25 %	13 %	22 %	23 %	22 %	15 %
SPD	19 %	20 %	20 %	9 %	16 %	19 %	19 %	10 %
GRÜNE	4 %	6 %	6 %	4 %	3 %	4 %	10 %	7 %
CDU	41 %	33 %	27 %	20 %	37 %	41 %	34 %	30 %
FDP	6 %	3 %	3 %	3 %	17 %	7 %	4 %	6 %
AfD				37 %				22 %
NPD			11 %				4 %	
Sonstige	14 %	8 %	8 %	14 %	5 %	6 %	7 %	10 %

Infratest dimap. Infratest unterscheidet nach Tätigkeit, die Forschungsgruppe Wahlen nach sozialem Status, weshalb in deren Zahlen auch verrentete Arbeiter enthalten sind.

Zitierte Literatur

Klaus Dörre (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster

Wolfgang Engler (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.

Thomas Falkner / Horst Kahrs (2019): Soziale Merkmale und Erklärungsfaktoren zum AfD-Wahlerfolg in Brandenburg, RLS - <https://www.rosalux.de/publikation/id/41462/der-afd-wahlerfolg-in-brandenburg-bei-der-landtagswahl-am-1-september-2019?cHash=47a349f1e589a5a57014cd82c998d20b>

Horst Kahrs (2019): Aufstieg der Rechtsradikalen, Schwäche der Linken und die Kultur der arbeitenden Klassen - <http://www.horstkahrs.de/2019/12/31/rechts-wirkt-links-schwaechelt/>

Horst Kahrs (2021): Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 - Wahlbericht und erster Kommentar (15.3.2021) - <https://www.rosalux.de/publikation/id/43954/die-landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-und-rheinland-pfalz?cHash=aaf150b6bb9706f6bbbe142ff6e8a312>